

Einzelpreis 70 Heller.

1091

An die Kreisgewerkschafts
Kommission

Fischern.

Lastenstr. 87
a 21/K.V. 3

Herrn
Inserate werden laut Satz
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 10.—

vierteljährlich . . . 48.—

halbjährig . . . 96.—

ganzzährig . . . 192.—

Für Deutschland
monatlich 5K 600.— für
Deutschland 3K 40.—

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich 12 Bl.

2. Jahrgang.

Samstag, 8. Juli 1922.

Nr. 158.

Unsere Gewerkschaften im Jahre 1921.

Als durch die revolutionären Ereignisse im Jahre 1918 viele bis dahin dumpf im Enddahinbrütende Massen der Arbeiterchaft zur Erkennung ihrer Klassenlage und der Notwendigkeit der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise gelangten, strömte den Gewerkschaften in einem großen Teil der Welt die Arbeiterchaft in hellen Scharen zu. In der Zeit, da auf einer Landeskonferenz im Jahre 1919 die bis dahin zu den österreichischen Verbänden gehörigen gewerkschaftlichen Gruppen sich zu einer selbständigen deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei vereinigten, zählte unsere gewerkschaftliche Armee 130.000 Mitglieder. Bis Ende 1919 hatte sich der Mitgliederstand beinahe verdoppelt, war bis auf 219.000 Mitglieder gestiegen, bis Ende 1920 trat wieder eine Verdoppelung der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Massenbewußten deutschen Arbeiter ein, welche die Höhe von 403.211 erreichte. So hatten wir bis Ende 1920 einen ununterbrochenen, ungewöhnlich raschen Aufstieg der Gewerkschaften zu verzeichnen.

Das Jahr 1921 war das erste, in dem diese reichende Flut abgeebt ist. Der Konjunktur der Nachkriegszeit folgte eine verheerende Wirtschaftskrise, die einen großen Teil der Arbeiterchaft dem Elend der Arbeitslosigkeit überantwortete und kleinmütig machte. Ein anderer Grund lag in der zersetzenden Tätigkeit der kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsbewegung, wodurch nicht nur Arbeiter, die sich zum Kommunismus bekannnten, den Gewerkschaften verloren gingen, sondern auch viele Arbeiter, des unseligen Streites in den eigenen Reihen müde, der Gleichgültigkeit verfielen und ihrer Gewerkschaft den Rücken kehrten. So kommt es, daß die dem deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände mit dem Ende des Jahres 1921, über welches soeben der ausführliche Bericht der Zentralgewerkschaftskommission erschienen ist, 364.554 Mitglieder zählten. Daß der Rückgang nicht größer ist, liegt wohl darin begründet, daß die Gewerkschaften von Anbeginn der Bildung kommunistischer Zellen entgegengetreten und es all ihren Funktionären zur Pflicht machten, die Bildung solcher Gruppen zu verhindern und die Tätigkeit nur nach den Beschlüssen der eigenen Organisation, nicht aber nach den Weisungen der kommunistischen Partei zu verrichten. Erst jetzt sieht man die Früchte der segensreichen Beschlüsse der Vorstandskonferenz vom 5. und 6. April 1921; während die tschechischen Gewerkschaften, deren Leitungen den Kommunisten gegenüber seit Beginn keine so feste Haltung eingenommen haben, von der Gefahr der Spaltung unmittelbar bedroht sind. So kommt es, daß auch heute noch in den Gewerkschaften die Interessen von mehr als einem Drittel der deutschen Bevölkerung dieses Staates vertreten werden.

Die Verbände, die im deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigt sind, haben in dem Berichtsjahre schwere Tage gesehen. Die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten waren Abwehrkämpfe, um dem von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau zu begegnen. 29 größere Aussperrungen und 151 Streiks waren in dem Jahre zu verzeichnen, von welsch letzteren 50 mit vollem Erfolg endeten, 70 mit teilweisem Erfolg und 25 erfolglos blieben. Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug 874, die Zahl der abgeschlossenen Verträge 851, welche ihre Wirkung auf nicht weniger als 374.156 Arbeiter erstreckten. Die sozialen Kämpfe stellten die Festigkeit der Gewerkschaften auf die Probe, aber wir können sagen, daß die Gewerkschaften diese Probe bestanden haben, daß sie nicht nur als ein Instrument der Arbeiterchaft in Zeiten der guten Konjunktur, sondern auch als eine feste Burg in Zeiten der Wirtschaftskrise erwiesen haben, da das Unternehmertum zum vernichtenden Schlag gegen die Existenzbedingungen der Arbeiterchaft ausholt.

Das Verhältnis zu den tschechischen Gewerkschaften, das noch lange eines der wichtigsten Probleme der deutschen Arbeiterbe-

Die Regierungskrise in Deutschland.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition nach links sind vorläufig ins Stocken geraten, weil die Demokraten und das Zentrum es für angebracht hielten, an die Deutsche Volkspartei ein Schreiben zu richten, worin diese zum Eintritt in die Regierung aufgefordert werden. Die Volkspartei hat auch bereits eine grundsätzlich zustimmende Antwort gegeben. Es ist natürlich

ausgeschlossen, daß die beiden sozialistischen Parteien sich mit der Stinnespartei koalieren

würden. Das kann in der jetzigen Situation auch die sozialdemokratische Partei nicht, will sie nicht dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft völlig zuwider handeln. Der „Vorwärts“ schreibt denn auch zu dem Briefwechsel der bürgerlichen Parteien: „Es handelt sich um einen taktischen Gegenzug der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen die gleiche Aufforderung der Sozialdemokraten an die Unabhängigen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sind aber sehr im Irrtum, wenn sie meinen, die gegenwärtige gefährdende Situation durch kleine taktische Kunstgriffe meistern zu können, die fast wie ein schlechter Scherz wirken. Ernstlich kann gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei in die Regierung aufgenommen wird, die sich programmatisch zur Monarchie bekennt und die bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschen die Außenpolitik Wirths und Rathenows bekämpft hat.“

Auch die „Freiheit“ verlangt eine klare Scheidung der Geister. Sie schreibt heute: „Behalten dem Zentrum und den Demokraten die nach rechts drängenden Kreise die Oberhand, dann ist keine andere Lösung der Krise mehr möglich als Auflösung und Neuwahlen. Das unsere Partei eine solche Lösung nicht zu fürchten hat, dafür sind die in den letzten Tagen von ihr errungenen kommunalen Wahlsiege in Wittenberg und anderen Orten ein deutliches Symptom. Die

Zeit des Fortwärtelns und des Hin- und Herbewegens ist für die jetzigen Regierungsparteien in einigen Tagen vorbei. Dann heißt es klare Entscheidung: Rechts oder links. Die Rhodus, hier salta.“

Im Laufe des heutigen Tages hat sich die Lage weiter so verschlimmert, daß man bereits von einer

ersten Krise

sprechen muß. Im Rechtsausschusse des Reichstages, wo das Gesetz zum Schutze der Republik durchberaten wird, gehen bereits Demokraten und Zentrum mit der Deutschen Volkspartei zusammen und stimmen die Anträge der sozialistischen Parteien nieder. Sie wollen das Gesetz sogar noch über das von der Regierung Zugestandene hinaus verschlechtern. So ist auf ihren Antrag beschlossen worden, daß der Reichspräsident nicht allein, wie bisher vorgesehen, sondern erst nach Anhörung des Reichstages die Mitglieder des Staatsgerichtshofes ernennen darf. Dieser Beschluß trägt eine deutliche Spitze gegen den Reichspräsidenten Ebert. Es ist anzunehmen, daß nach der zustimmenden Antwort der Volkspartei Demokraten und Zentrum verlangen werden, daß die

Koalition nach rechts erweitert

werde. Das wird von den Sozialdemokraten abgelehnt werden. Den Ausweg aus der Situation kann nur die Auflösung des Reichstages bringen.

Neuwahlen

in der jetzigen Situation würden eine völlige Zerrüttung der deutschen Währung und einen Zusammenbruch des Staatshaushaltes bringen. Wenn die bürgerlichen Parteien des Kabinetts Wirth nicht noch in letzter Stunde sich bestimmen, so ist das wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland zu erwarten.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Holland.

Haag, 7. Juli. Die prozentuelle Schätzung der ersten Wahlergebnisse in die Abgeordnetenkammer zeigt folgendes Bild: Katholiken 30, Sozialdemokraten 30, die verschiedenen konservativen

Parteien 20, die verschiedenen liberalen Parteien 6, Kommunisten drei (!) und die übrigen Parteien 9.

wegung dieses Staates bleiben wird, hat keine solche Klärung erfahren, wie wir es wünschen würden. Die Verhandlungen über die Regelung der organisatorischen Beziehungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Odborove Sdruzeni konnten noch keinem Resultat zugeführt werden. Von besserem Erfolg waren die Verhandlungen einzelner Verbände untereinander begleitet. Wohl sind die Vereinbarungen zwischen den graphischen Verbänden beider Nationen gescheitert, dafür hat der deutsche und tschechische Verband der Lebensmittelarbeiter eine gemeinsame Körperschaft gebildet, die beiden Verbände der Textilarbeiter eine zweckmäßige Aktionsgemeinschaft erzielt, die Angestelltenverbände eine Zentralekutive gebildet, die Bergarbeiter und Eisenbahner sind bei ihren schon früher gebildeten Vereinbarungen geblieben. So gibt der kleine Fortschritt, der erzielt wurde, doch die Hoffnung, daß man auch auf diesem Gebiete zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis gelangen wird.

Bedeutende Fortschritte hat die innere Konzentration der Verbände im Gewerkschaftsbunde selbst gemacht. Während auf der eben stattgefundenen Leipziger Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes noch erregte Debatten über die Frage der Bildung von Industrieverbänden statt Branchenorganisationen stattfanden, bestehen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei bereits seit 1919 fast lediglih Industrieverbände. Unsere Gewerkschaftsbewegung beginnt sogar schon über die Industrieverbände hinauszugreifen. Innerhalb des Bundes ist es zur Konstituierung der Vereinigung der Angestelltenorganisationen gekommen sowie zu einem Kartell der Verbände der öffentlichen Angestellten. Alle auftauchenden gewerkschaftlichen Grenzstreitigkeiten wurden glücklich erledigt. So bietet die deutsche Gewerkschaftsbe-

wegung nach der organisatorischen Seite hin das Bild einer der fortgeschrittensten Gewerkschaftsbewegungen der Welt.

Ebenso wurde Bedeutendes auf dem Gebiete der Bildungsarbeit geleistet. Für die Schulung der Betriebsräte sorgte eine im Juli 1921 stattgefundene Betriebsrätelehrerschule und eine große Menge Betriebsräteschulen in allen größeren deutschen Orten dieses Staates. Eine ganze Reihe Lehrhefte für Betriebsräteschulen wurde herausgegeben, die Schaffung einer Zentralstelle für das Betriebsauschüßwesen steht bevor. 23 Fachblätter, die in einer Auflage von 382.000 Exemplaren erscheinen, tragen gewerkschaftliche Erfahrungen und Aufklärung in die weitesten Kreise der Mitgliedschaft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund besteht gegenwärtig aus 24 Verbänden mit 1858 Ortsgruppen, die 260.369 männliche, 104.191 weibliche, insgesamt also 364.554 Mitglieder haben. Davon entfallen auf Böhmen 294.258, auf Mähren 36.082 und auf Schlesien 25.993 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen der Verbände betragen im Berichtsjahre 37.949.454 K 75 h, die Gesamtausgaben 32.620.466 K 47 h, der Vermögensstand der Verbände 20.030.436 K 41 h. So bietet die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei ein stolzes Bild. Sie hat den Stürmen der Wirtschaftskrise und der kommunistischen Zersetzung der Arbeiterbewegung siegreich widerstanden, nur wenig ist abgeplittert, der Kern ist gesund geblieben. In der für die Gewerkschaftsbewegung ungünstigsten Zeit hat sich der deutsche Gewerkschaftsbund als der ragende Fels erwiesen, dem die brandenden Wogen der Zeit nichts anhaben können. So gehen die Gewerkschaften innerlich fest und stark einer neuen Zeit entgegen, als eine schneidende Waffe in den kommenden Kämpfen der Arbeiterchaft!

Der Geist des Militarismus.

„Der Militarismus muß als eine Krankheit bezeichnet werden, welche durch Waffensugestionen eine riesenhafte Verbreitung hat.“ — Wir stellen diesen Satz an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen, nicht weil wir glauben, daß diese Definition des Militarismus erschöpfend ist, sondern weil mit diesem Satze ein Leitortitel begann, der wohl nur durch irgend einen Zufall in die „Prager Presse“ vom 28. August vorigen Jahres geriet. In diesem Aufsatz wurde die „Kriegsschuld des Militarismus“ — versteht sich: des deutschen — nach allen Regeln der Kunst verurteilt und als „Infektionsstoff“ der Seuche Militarismus wurden genannt: „Reden und Plattenversammlungen, Rußf, Kommandorufe, Fahnen und bunte Farben, Getwehrgelall und Kanonendonner, Wäber und fulminante Zeltungsartikeln.“ Wir zitteren alle diese „Infektionsstoffe“ deshalb wörtlich nach der „Prager Presse“, weil dieses Blatt selber ihrer immer mehr mit sich trägt und weil gerade die Artikel der „Prager Presse“ eines der deutlichsten Symptome jener Krankheit sind, die den tschechoslowakischen Staat ergriffen hat. Wohin die Tschechoslowakei in den dreieinhalb Jahren ihres Bestandes geraten ist, geht klarer, sinnfälliger als je aus der Hoorob-Feier hervor. Und wer nicht Gelegenheit hatte, diese „denkwürdigen Tage“ in Prag zu erleben, — der lese eben die „Prager Presse“.

Prozess und den Schutzgeboten für die deutsche Republik einen Vergleich zieht? In Moskau wollen Machthaber, die das Diktat in der Hand halten, ihren Rache- und Abschreckungsdurst in Blut berauschen, in Deutschland sich die bedrängte Republik — auch mit kommunistischer Hilfe! — tollwütiger Begelagerter erwehren, und das soll das selbe sein? Doch nur der Schreiber der „Internationale“, der unsere echte Aufregung eine Heuchelei nennt, an seiner faulstüchigen Heuchelei nicht ersticke!

Veruchte Rechtfertigung der Soldatenselfismorde. Im Abendblatt des „Pravo Idu“ führte vor einigen Tagen ein Soldat Klage über die neuerliche Zunahme der Soldatenselfismorde in der Armee und machte dafür die Heeresverwaltung, vor allem die Offiziere verantwortlich, welche wieder ganz so wie zur Zeit der Dababurger sich gegenüber der Mannschaft aufgebläset und oft auch ordinär geberden. In der Freitagnummer desselben Blattes nimmt nun ein gewisser Dr. S. Forster die Heeresverwaltung in Schutz, indem er behauptet, daß die Wurzel für die Neigung zum Selbstmord in der individuellen Veranlagung liegt. Als Beweis führt er an, daß angeblich die Zahl der Selbstmorde während des Krieges geringer war, als nach dem Kriege, obwohl doch die Zustände während des Krieges viel ärger waren. Die im Kriege herrschende Nervenanspannung war also dem Selbstmord nicht so günstig als die nach dem Kriege eintretende Entspannung. Forster erklärt, er glaube nicht, daß das Leben eines Soldaten in der tschechoslowakischen Armee ärger sei als das eines Arbeiters, Beamten oder Intelligenzproletariats, daß aber die Umstände, wie die Entfernung von der Heimat, die fremde Umgebung auf empfindliche Nerven aufreizend wirken. Bei pathologischen Naturen führe eine momentane Erregung bis zum Selbstmord. Um den Soldatenselfismorden abzuwehren, schlägt Dr. Forster neben der körperlichen Ueberprüfung der Tauglichkeit auch eine geistige vor, die im Beisein von psychologischen und psychiatrischen Fachmännern zu erfolgen hätte. — Die letztere Anregung ist sicherlich das Beachtenswerteste an den apologetischen Ausführungen Forsters. Im übrigen sind seine Ausführungen echt militaristisch. Auch der alte österreichische und preussische Militarismus verteidigten sich gegen den Vorwurf der Soldatenselfismorde in ähnlicher Weise. Daß bei den gespannten nationalen und sozialen Verhältnissen der Nachkriegszeit die Zustände beim Militär idyllischer geworden wären, wird niemand glauben. Eine offene Untersuchung und Aufklärung aller in der letzten Zeit vorgekommenen Soldatenselfismorde wäre vielmehr zur Verhütung der Dessenlichkeit dringend geboten. Diese zu fordern, würde sich weit mehr für ein sozialdemokratisches Blatt geziemen, als die ziemlich fadenscheinige Rechtfertigung der Offiziere und Kommandanten durch die psychologische Verfassung der Selbstmörder.

Praktiken des Immunitätsausschusses. Gestern morgens wurde, wie das „Ceste Slovo“ berichtet, vor dem Smichower Ueberretungsgericht die Klage des tschechisch-nationalsozialistischen Redakteurs Kozal gegen den nationaldemokratischen Abgeordneten Dyl verhandelt. Dyl hatte Kozal in einer Versammlung beleidigt, die am 22. Feber d. J. auf der Sophieninsel stattgefunden hatte. Das „Ceste Slovo“ sagt: „Die Klage wurde in der geschwändig vorgeschriebenen Zeit eingereicht, und das Gericht forderte die Auslieferung des Abg. Dyl. Damit die Klage verhandelt werden könne, muß das Strafverfahren binnen drei Monaten von dem Tage an eröffnet werden, an welchem die strafbare Handlung begangen wurde, oder von dem Tage an, an welchem der Kläger von der Beleidigung erfuhr. Aber der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses lieferte den Abg. Dyl aus, — und der Rat Felix (Vorsitzender des Smichower Gerichtes) entschied deshalb, daß die Klage wegen objektiver Verjährung abzulehnen sei.“ Weiters teilt das Blatt mit, daß der Abg. Dyl zur Verhandlung nicht erschienen sei, sondern telegraphiert habe, die Vorladung sei ihm „unrichtig“ zugestellt worden. Der Vertreter des Angeklagten, Dr. Brunne, habe sich die Berufung vorbehalten. — Eine solche Praxis des Immunitätsausschusses, der angeklagte Abgeordnete zu spät ausliefert, garantiert allen Abgeordneten die Sicherheit, ungestraft andere Menschen zu beleidigen. Auf solche Weise ist es erklärlich, warum Herr Dyl selbst im Abgeordnetenhaus so mannhafte und auffallend hüpf für seine eigene Auslieferung an das Gericht gestimmt hat.

Die Feinde der Patrioten. Der Präsident der Republik ernannte dem bekannten Kammeranhänger und Sozialistenpfeffer, Bobdan Pavlu zum Legationsrat erster Klasse und verlieh ihm den Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der tschechoslowakischen Republik. Das Ministerium des Aeußeren betraute ihn mit der Leitung der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Sofia. Pavlu war bekanntlich der Unterdrücker der freiheitlichen Legionäre in Rußland und war zuletzt Redakteur des „Slovensky Dennik“. Nun muß er wohl in Bulgarien „in Panflawismus“ machen.

Die deutschen Mittelschulen Ostschlesiens scheinen im tschechischen und polnischen Teile des Landes dem Lobe geweiht zu sein; so systematisch wie in diesem Landstrich wird sonst das deutsche Mittelschulwesen nirgends verwaltet. Bis zum Umsturz besaß Oberschlesien eine Gewerkschule in Bielitz, ein Realgymnasium in Obergberg, Gymnasium in Friedeb, Teschen und Bielitz, Realschulen in den beiden letztgenannten Städten und ebendort auch zwei Lehrer- und eine Lehrerinnenbildungsanstalt. Von diesen zehn Mittelschulen sind das Friedebener Gymnasium, die Teschener Lehrer- und die Bielitzer Lehrerinnenbildungsanstalt aufgehoben, Gymnasium und Realschule in Teschen und Bielitz zu je einem Real-

gymnasium zusammengezogen, so daß nur noch fünf Anstalten übrig geblieben sind, davon die Bielitzer Gewerkschule zur Hälfte polnisiert. Aber der Feldzug hat damit noch nicht sein Ende genommen. Die erste Klasse des Teschener Realgymnasiums soll nämlich im neuen Schuljahr nur dann eröffnet werden, wenn in sie mindestens vierzig Kinder polnischer Staatsbürger eingetragen werden. Nun ist an und für sich die Mindestzahl vierzig für eine Mittelstufenklasse ein überhöhtes Verlangen. Tessen ganze Posheit wird einem aber erst bewußt, wenn man die geographische Lage Teschens bedenkt. Knapp an der Grenze Polens und der Tschechoslowakei und am Knotenpunkt der Kaschau-Oberberger und der Städtebahn gelegen, ziehen die Teschener Schulen normalerweise die Schüler aus dem zur Tschechoslowakei gehörigen Ostfalen, also aus Kragnitz, Freistadt und Karwin an und ihr natürlicher Radius hat sich durch die Auflösung des Friedebener Gymnasiums bis zur Ostrawitz erweitert. Erfahrungsgemäß stammten mehr als 50 Prozent der Teschener Mittelschüler aus der jetzigen Tschechoslowakei; diese alle sollen also, wo es sich um den Bestand der nunmehr einzigen Teschener Mittelschule handelt, nicht mitzählen! Man sieht, wie die Teilung Ostschlesiens gerade das deutsche Element dieses Landes vollständig erschlag. Wenn die Deutschen des Polnisch-Teschener Gebietes nicht vierzig Schüler für die erste Klasse aufreiben, wird die Teschener Mittelschule gesperrt, die ganze Mitte des Landes ist der Mittelschulen dann binnen kürzester Zeit beraubt und nur noch an den äußersten Rändern, in Obergberg und Bielitz, werden die deutschen Landesländer bessere Bildungsmöglichkeiten finden! Aus dieser Darstellung wird klar, daß der Bestand der deutschen Mittelschule in Teschen nicht eine Angelegenheit der Deutschen Polens, sondern auch jener der Tschechoslowakei ist, und die Arbeiterschaft kann der geplanten Ausrottung nicht ruhig zuschauen, weil sie das Bedürfnis hat, auch ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen zu lassen. Die polnische und tschechische Regierung verhandeln jetzt in Troppau mit einander über den ostschlesischen Ausgleich. Wir fordern von unserer Regierung kategorisch, daß sie unseren Kindern in diesen Verhandlungen die Besuchserschleier der deutschen Mittelschulen in Teschen erhalte und darauf bestohe, daß auch Kinder tschechischer Staatsbürger in die Mindestzahl 40 eingerechnet werden! Sept sie das nicht durch oder hat sie keinen Willen dazu, so verdoppelt das ihre moralische Pflicht, das Friedebener Gymnasium bestehen zu lassen! Kinder die bisher, und das auch nur unter Verhüllung der Bahn, fünf Anstalten (in Obergberg, Friedeb und drei in Teschen) zu ihrer Berufung hatten, auf die eine und einzige Anstalt in Obergberg zu beschränken, ist gleichermaßen ein Verbrechen an der Gesundheit der Jugend und an der gesamten Volkstutur! Den großen deutschen Bevölkerungsstellen Ostschlesiens denartig in der geistigen Entwicklung zurückzuwerfen ist ein Unterfangen, das nicht gebildet werden kann und darf!

Eine Antwort an den Schulminister.

Der Minister für Schulwesen und Volkskultur und für deren Unterdrückung, Herr Doktor Srobar, hat in der Schuldebatte die Beschwerden der deutschen Redner und Interpellanten über die Droffselung des deutschen Schulwesens in zwei Erklärungen zu widerlegen gesucht, und zwar mit sophistischen Scheingründen und unter Mißbrauch der Statistik, die allmählich aus einer Dienerin zu einer Dirne der Wissenschaft hinabzusinken droht. Der Schulausschuß des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper verpflichtet nun die tabulistische Methode des Ministers in einem offenen Brief der unter anderem besagt:

Die ministerielle Behauptung, daß Schulen, die von mehr als zwanzig Kindern besucht werden, nicht aufgelassen wurden, ist unrichtig, in Wahrheit mit 30 bis 35 Schülern geschlossen. Der Minister selbst widerlegte seine Angaben wider Willen, indem er zugab, daß die in Oadelschöf aufgelöste deutsche Schule 27 (tatsächlich 29) Schüler aufwies. Auch wurde diese Anstalt mitten im Jahre gesperrt und nur über Drängen einer Deputation bis zum Schluß des Schuljahres wieder eröffnet, im Widerspruch zur Behauptung des Dr. Srobar, daß Sperrungen nur zum Schluß des Schuljahres erfolgen dürften. Die neueröffneten tschechischen Minderheitsschulen hingegen brauchen, um ins Leben zu treten, oft nicht einmal zehn Kinder, eine Tatsache, die vom Minister mit dem Charakter der „Minderheitsschule“ gerechtfertigt wird, während er den Charakter der deutschen Gebirgsschulen, der eine geringe Schülerzahl noch weit mehr rechtfertigt und welchen der großen Entfernungen wegen eine Auffassung als unmöglich sollte erscheinen lassen, nicht gelten lassen will. Ueberdies haben sich die Behörden bei der Errichtung der tschechischen Minderheitsschulen als äußerst leichtgläubig erwiesen und Angaben über eine Schülerzahl willig entgegengenommen, die den Tatsachen einfach ins Gesicht schlagen.

Das System, nach zweierlei Maß zu messen, das in all dem zulage tritt, zeigt sich auch bei den Schülerreklamationen. Das mährische Landesgesetz, die lex Peret, bestimmt wohl, daß Kinder in die Schulen ihrer Nation zu gehen hätten; aber die seit dem Umsturz in Mähren getroffenen Entschcheidungen widersprechen dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes: sie haben nicht nur alle ertlich gezählten tschechischen Kinder aus

deutschen Schulen (682) entfernt, sondern treffen auch, weil es schon mehr als 682 hinauskomplimentierte gibt, deutsche Kinder, hingegen belassen sie ruhig die in tschechischen Anstalten eingeschul- ten 497 deutschen Kinder dortselbst.

Der Abstand zwischen Vorjahr und Wirklichkeit tritt noch auffälliger bei den allgemeinen Befragungen über Klassenauflösung in die Erscheinung, hier herrscht schon eine geradezu babylonische Verwirrung. Der Minister leugnet das Vorhandensein eines Erlasses, der verfügt, daß Klassen unter 75 Schülern gesperrt werden sollen. Tatsächlich gab aber der Landesverwaltungsaußschuß am 13. Jänner 1920 dem Landeschulrate diesen Auftrag und im Erlaß Nr. 156.454 v. 1921 hat er auch seinen Ausdruck gefunden. Während hier der Landesverwaltungsaußschuß die Grenze „75 Schüler“ zieht, hat sich die Praxis des Landeschulrates an die Zahl 65 gehalten, das neue „keine Schulgesetz“ spricht von 60 Schülern und die Erklärungen des Unterrichtsministers geben gar eine Durchschnittszahl von 46,3 Schülern an deutschen und von 50,6 an tschechischen Anstalten an. Wollte also die Wirklichkeit, die im kleinen Schulgesetz gezeugene Grenze von 60 Schülern erreichen, so mühten sich eine Unmenge deutscher und tschechischer Klassen gesperrt werden, um den Schülerdurchschnitt von 46,3, zu 50,6 auf 60 hinaufzuschrauben. Die sinn- und kulturwidrig das wäre, bedarf keines Wortes, aber die Bestimmung des Gesetzes ist auch nicht deshalb da, sondern vielmehr nur zu dem Zwecke, um so ziemlich jede Schulausslösung vor dem Verwaltungsgerichtshof als gesetzlich unanfechtbar erscheinen zu lassen. So hat denn dieses Gericht auch alle berichtigten Schulausslösungen Metellas bestätigt, weil sie dem Gesetz vom 3. April 1919 tatsächlich nicht widersprechen. Dafür aber widerspricht dieses Gesetz selbst desto mehr allen Forderungen der Billigkeit, ist es, ein Kind des Chauvinismus nach dem Umsturz, ein Sohn wider alle Kulturbegriiffe.

Die von Dr. Srobar erbrachten statistischen Angaben über die Zahl vorhandener und aufgelöster Klassen sind durchaus ungenau. Wollte man ihm glauben, so verloren die Deutschen vom Neujahr 1919 bis zum Neujahr 1920: 77 Klassen, vom 1. Jänner bis 1. September 1920 weitere 112 Klassen, wobei dem Herrn Minister schon das kleine Taschenspielerkunststück mit unterließ, daß er in die Zahl der bestehenden deutschen Klassen die Privatklassen mit einrechnete. Streicht man diese ab, da Dr. Srobar von öffentlichen Schulen sprach, so ergäbe sich nach ihm zwischen Neujahr 1919 und 1. September 1920 ein Gesamtabbau von 270 deutschen Klassen, wobei Dr. Srobar ausdrücklich betonte, daß in diesem Zeitraum verhältnismäßig die meisten Klassen gesperrt worden seien. Wie reimt sich nun diese Behauptung mit der beweisbaren Tatsache, daß bis zum Schluß des Schuljahres 1920/21: 715, bis heute an 900 deutsche Klassen, im Jahresdurchschnitt also 225 Klassen gesperrt worden sind? Dr. Srobar spricht von 270 Klassen, die Wirklichkeit gibt für die kritischen zwei ersten Jahre der Republik eine Mindestdurchschnittsziffer von 450 Klassen an — die Reihe „Statistik“ ist eben zu allem zu haben.

Nach dieser Korrektur der Statistik ergibt sich als Gesamtzahl der derzeit vorhandenen deutschen Klassen eine solche von 7278. Da es im September 1920: 387.278 deutsche Schulkinder gab und da deren Zahl infolge der Kriegsauswirkungen inzwischen auf rund 375.000 gesunken sein dürfte, weist heute eine deutsche Klasse eine Durchschnittszahl von 51,5 Kindern auf. Dadurch widerlegt sich die Behauptung des Ministers von der Bevorzugung der Deutschen im Schulwesen, denn er selbst gab als Durchschnittsziffer der tschechischen Klassen am 31. Dezember 1919: 50,6 an. Die Tschechen kamen also schon Ende 1919, als sehr viele tschechische Minoritätsklassen noch nicht errichtet waren, besser davon als die Deutschen heute, und ein Taschenspielerkunststück ist hier überdies auch wieder zu buchen. Denn der Herr Minister errechnete den Durchschnitt von 50,6, indem er die Gesamtzahl tschechischer Kinder (705.819) durch die Zahl der Klassen (13.949) dividierte. In diese Klassenzahl war aber die beträchtliche Menge neu errichteter Minderheitsklassen — 491 — nicht einbezogen, sonst hätte sich der Durchschnittsbefund tschechischer Klassen noch mehr zugunsten des „Staatsvolkes“, nämlich auf 48,9 Schüler, gefenkt.

Auch die Angabe, daß vor dem Umsturz 50.000 tschechische Kinder deutsche Schulen besucht hätten, kann nicht stimmen. Denn die Zahl deutscher Kinder war zu Beginn des Schuljahres 1918/19 um 13.437 gesunken, zu Beginn des Schuljahres 1919/20, das zuerst unter der Einwirkung des Umsturzes stand, um weitere 14.533, beides Verluste, die zum größten Teil als Kriegsfolge zu buchen sind. Wenn die Minderheitsschulen Ende 1919: 22.666 Besucher aufweisen, so können diese also nicht aus deutschen Schulen gekommen sein. Der Personalaufwand, auf den sich der Minister berief, gibt gleichfalls ein falsches Bild, denn auch die Lehrer der aufgelösten deutschen Schulen müssen bezahlt und bezahlt werden, die Heranbildung der deutschen Jugend aber gewinnt durch diese unfruchtbaren Auslagen nichts.

So immer man also an die Angaben des Ministers mit der kritischen Sonde herantritt, halten sie nicht stand. Sie sind eben nicht dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit entsprungen, sondern der peinlichen Notwendigkeit, eine schlechte, anrüchliche Sache mit allen Mitteln zu verteidigen. Das merkt man den Gründen des Herrn Dr. Srobar auf Schritt und Tritt an und dieser Eindruck verurteilt sie von Grund auf.

Inland.

Die Sakentregler auch an der Prager Universität an der Arbeit. Am 29. Juni fand in Aufsig unter dem Vorstehe des Theologieprofessors und Senators Dr. Raegle (H) eine erweiterte Kampfsitzung des deutschen Akademikerverbandes statt. Gegenstand der Beratung war u. a. die jüngste Rektorwahl an der deutschen Universität. Die das „Prager Tagblatt“ berichtet, wurde in dieser Versammlung einstimmig beschlossen, den Rektor Professor Steinhertz, der ein Jude ist, unmöglich zu machen. Zunächst soll eine in der Versammlung gewählte Deputation den „freiwilligen“ Rücktritt des Professors Steinhertz zu erzwingen trachten. Falls aber dieser dem Sakentreglerischen Terror standhalten gewillt sein sollte, dann sollen von den deutschnationalen und christlichsozialen Studenten Kravalle an der Universität inszeniert werden. So soll schon die feierliche Inthronisation des neuen Rektors durch antjemitischen Spektakel gestört werden. Auch wollen die Sakentregler nicht in seine Hand das Trengeldnis ablegen und sich auch nicht von ihm promovieren lassen. Wie überall, so scheuen auch in Prag die Rabauchawinisten vor einer wirklichen Schädigung deutschen Kulturbesitzes nicht zurück, wenn sie nur ihren träben Instinzen nachgehen können. So wollen sie, falls das alles nichts fruchtet, zum Boykott der Prager Universität auffordern. Hierin zeigen sie so recht, was in Wahrheit von ihrer Anhänglichkeit ans Deutschstum zu halten ist. Sie sind sofort bereit, es zu verraten, sobald ihr Terror nicht unumkehrant herrschen kann. Für die tschechischen „Freunde“ der Universität und der deutschen Minorität im Lande ist diese offentative Unzulässigkeit gegenüber einer Minorität innerhalb der Deutschen Wasser auf ihre Mühlen. Das summiert natürlich unsere Sakentregler ebenfalls, wie jene im Reich das Unglück kimmert, in das sie das deutsche Volk immer tiefer hineinreihen. Es ist hoch an der Zeit, daß auch hierzulande dem reaktionären Terror an der Universität ein Riegel vorgeschoben wird. Rektor Steinhertz hat es in der Hand, zu zeigen, ob auch die Prager Universität unter Sakentreglerischem Kommando stehen soll, oder ob sie imstande ist, sich dieses reaktionären Unzes zu erwehren.

Smeral, der Zeuge. Der Aussiger „Internationale“ haben, wie man leicht versteht, unsere Ausführungen über Smerals Zeugenaussagen in Moskau nicht behagt, und um etwas erwidern zu können, verücht sie die Sache auf ein anderes Geleise zu schieben. Unsere menschlich-gerechte Empörung darüber, daß ein begeisterter Anhänger der Monarchie, der 1917 mit Dababurg stehen und fallen zu wollen erklärt hatte, als Zeuge gegen Männer aufzutreten wagt, die im gleichen Jahr 1917 immerhin am Sturz des Zarismus wertvollig mitgearbeitet haben, läßt das Blatt in eine „Verteidigung von Gegenevolutionären“ um. Nun, gegen den bolschewistischen Terrorismus aufzutreten, verkehrt die revolutionäre Idee gewiß weniger, als die blutigsten Genferknechte der Geschichte, die Dababurger, hündisch zu umwedeln, und wenn die „Internationale“ findet, daß wir uns ob dieser Lumperei Smerals a u r e g e n, so beurteilt sie unsere Gefühle ganz richtig. Wir wären nicht Menschen und nicht Sozialisten, wenn wir uns über eine Leichtfertigkeit, die, um sich in Moskau lebendig zu machen, mit Menschenleben spielt, nicht aufregen würden. Und sollen wir vielleicht ruhig bleiben, wenn die „Internationale“, um Smerals bezweifelst unhalbare Dandlungsweise zu rechtfertigen, zwischen dem offenen Kampf der Sozialrevolutionäre und der Meuchlerbanden der deutschen Sakentregler, zwischen dem Moskauer

Genat.
Budgetauswahl.

Beratung des Lehrerpärsitäts-Gesetzes.

In der Sitzung am Freitag wurde das Brudertabengesetz ohne Debatte angenommen. Eine ziemlich lange Ansprache rief das Gesetz über die Regelung des Dienstverhältnisses der Volks- und Bürgerschullehrer hervor. Der Berichterstatter, Senator Medak (tschechischer Sozialist) erklärte, daß ihn das Gesetz nicht befriedige, daß es eine sonderbare Parität sei, die mit diesem Gesetze der Lehrerschaft geboten werde und er bedauere, daß sich die gesetzgebende Versammlung nicht dazu aufschwingt, das Gesetz der Revolutionsnationalversammlung wieder herzustellen. Senator Kouša (tschechischer Sozialdemokrat) führt aus, daß auch seine Partei nur mit Widerwillen für das Gesetz gestimmt habe und man könne auch heute noch nicht den eigentlichen Urheber des Gesetzes, das einen solchen gerechtfertigten Unwillen im ganzen Staate hervorrief. (Genosse Keyzl: Warum habt Ihr denn dafür gestimmt, Ihr seid doch keine Kinder mehr!) Kouša spricht den Wunsch aus, daß den Lehrern die durch das Gesetz gewährten höheren Bezüge vom 1. Jänner nachgezahlt werden. Nachdem weiter die Senatoren Horáček, Karas, Faček gesprochen, ergreift Genosse Keyzl das Wort, um zu erklären, daß die Sozialdemokraten für das Gesetz stimmen werden, damit das Unrecht, welches durch das Dezembergesetz den Lehrern zugefügt wurde, wenigstens teilweise gut gemacht werde. Er geißelt das Verhalten der Majoritätsparteien, die trotzdem sie erklären, daß das Dezembergesetz ein Unrecht war, sich dazu nicht aufschwingen, um das ursprüngliche Gesetz wieder herzustellen, sondern indem sie schamlos ein Unrecht gutmachen, ein neues Unrecht begehen. Er weist darauf hin, was für Folgen das Dezembergesetz seinerzeit für die ganze Volkswirtschaft hatte und heute noch hat, nachdem die Unternehmer das Beispiel allgemein als ein Signal zum Lohnabbau verstanden und dadurch die Arbeiterkraft aller Branchen in schwere wirtschaftliche Kämpfe geführt wurde. Wir behalten uns vor, zum Gesetz, das uns bei weitem nicht entspricht, Anträge im Plenum zu stellen. — Eine Resolution des Senators Mahrt, in der er verlangt, daß die Bürgerschullehrer von der Klasse C in die Klasse B versetzt werden sollen, wurde nach den Ausführungen des Regierungsvertreters, der die Resolution für die Regierung als unannehmbar erklärte, abgelehnt und das ganze Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Eine Resolution des Senators Dr. Karas, womit die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz vorzulegen, mit welchem auch das Dienstverhältnis der Gemeindefunktionäre geregelt werden soll, wird angenommen. Ohne Debatte wird dann das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Fassung des Abgeordnetenhauses unbeschadet angenommen und die Sitzung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Ausland.

Die Sozialdemokratie Ungarns im Wahlkampf.

Ein Bericht der sozialdemokratischen Partei Ungarns bringt folgende Mitteilungen über den Wahlkampf: Die Parteileitung hatte im Einklang mit dem Parteiausfluß in den vier Wahlbezirken von Budapest und Budapest-Umgebung dreißig, in den Provinzbezirken vierzig, also zusammen vierzig Kandidaten gestellt. Aus den Provinzbezirken fielen fünf Bezirke (Gatvan, Hajdunás, Battonya, Szeged und Felek) aus, weil die zur Kandidierung erforderlichen Unterschriften von den Wahlberechtigten nicht gesammelt werden konnten. In weiteren fünf Bezirken (Vaja, Dombóvár, Monor, Mezőtur, Elek) mußten unsere Kandidaten aus verschiedenen Gründen zurücktreten. Es gelang der Partei, von den Provinzbezirken die Wahlbezirke Békéscsaba, Debreczin, Dorog, Gödmezőváros, Miskolc, Pécs, Salgotarjan, Sorokfar, Sopron, Szeged, Zalaegerszeg, Győr zu erobern. In den Wahlbezirken Budapest I erlangte sie zwei Mandate, in Budapest II vier Mandate, im ganzen also dreizehn Mandate. Der Wahlkampf brachte also der Partei fünfundsiebzig Mandate ein. An den Ersatzwahlen nahm die Partei in zwölf Wahlbezirken teil; von diesen wurden zwei Bezirke erobert. In den von der Partei eroberten Wahlbezirken war die Abstimmung in Debreczin, Győr, Gödmezőváros, Miskolc, Pécs, Sopron, Szeged geheim, in Dorog, Salgotarjan, Sorokfar, Zalaegerszeg und Békéscsaba offen. Die Daten der für unsere Partei abgegebenen Stimmen sind folgende: In Budapest stimmten 322.232 Wahlberechtigte ab. Von den abgegebenen Stimmen waren 311.458 Stimmen gültig und 10.774 Stimmen ungültig. Die Partei bekam 121.748 Stimmen. Im Bezirk Budapest-Umgebung wurden 83.173 Stimmen abgegeben. 2078 Stimmen waren ungültig. 45.925 Stimmen oder 55,2 Prozent erhielt die Partei. In den vier Wahlbezirken Budapest und Budapest-Umgebung zusammen wurden 394.631 Stimmen abgegeben. Auf die Partei entfielen 167.673 oder 42,5 Prozent aller Stimmen. In den Provinzbezirken fielen auf die Partei 104.686 Stimmen. Die Partei erhielt also insgesamt 272.359 Stimmen.

Katastrophale Devisenhäufung in Deutschland.

Berlin, 7. Juli (Eigenbericht). Die Devisenhäufung ist zu einer Katastrophe der deutschen Wä-luta aus. Heute wurde der Dollar mit 540 gehandelt, das heißt, die deutsche Währung hat sich seit der Ermordung Rathenaus wieder um die Hälfte verschlechtert. In ähnlichem Verhältnis hat sich der Stand der anderen ausländischen Zahlungsmittel verändert. Allem Anschein nach folgt das Ausland bisher der Berliner Tendenz nur zögernd. Auf der gestrigen New Yorker Börse stellte sich der Kurs der deutschen Mark auf 0,215. Dies ent-

spricht einem Dollarkurs von 467. Man sieht in diesem Vorkurs mit besonderen Sorgen der Möglichkeit entgegen, daß das Ausland angesichts der Haltung der Berliner Börse starke Markabgaben vornehmen könnte, wodurch naturgemäß die Situation sich noch weiter verschlechtern würde. Am Markt der Industriepapiere ruft diese Bewegung der Devisen eine erneute katastrophale Pause hervor. Allerdings sind hier der Bewegung durch die Geldknappheit gewisse Grenzen gezogen.

Neue Türkengruel in Kleinasien

Während die europäischen Diplomaten Konferenzen abhalten und Noten wechseln, um Leben und Gut der armenischen und griechischen Minderheiten unter türkischer Herrschaft zu sichern, sind die türkischen Behörden am Werke, diese Frage in ihrem Sinne zu lösen, d. h. so, daß in den Grenzen der Türkei überhaupt keine Minderheit übrigbleibt. Durch die ganze zivilisierte Presse ging in den letzten Wochen die Kunde von entsetzlichen Greueln, die von den Türken gegen die Christen in Anatolien, insbesondere gegen die am Schwarzen Meer wohnhaften Griechen begangen worden sind. Die Nachrichten stammen nicht etwa aus griechischen oder armenischen oder sonst interessierten Quellen, sondern von einer neutralen, politisch absolut indifferenter Einrichtung, wie das amerikanische Near East Relief Committee es ist. Selbst türkische Blätter, die außerhalb des Machtbereichs der türkischen Nationalisten in Angora erscheinen, haben die Tatsachen nicht verschwiegen. So schilderte z. B. die in Paderborn erscheinende Zeitung „Adalat“ ausführlich die Einäscherung des griechischen und armenischen Viertels der Stadt Samsun, die Abschichtung der Bevölkerung in den Häusern und Straßen, die Verbrennung der in die Kirchen gestützten Lehrer und Schüler usw.

Dr. Ward vom obengenannten Komitee gibt eine ausführliche Schilderung über die Art der Ausrottung der Griechen durch die Türken, die vielfach dem Verfahren ähnlich ist, die die türkische Regierung seinerzeit zur Vertilgung der Hunde in Konstantinopel anwandte. Diese wurden auf eine unbewohnte Insel bei Konstantinopel gebracht, wo sie vor Hunger und Durst umkamen. Dr. Ward bekräftigt die Erklärung, die Herr Tuzuzi im Januar dieses Jahres abgegeben hat, daß die von den Türken befolgte Politik den Zweck hat, die christlichen Minderheiten auszurotten.

Bei dieser Aufzählung der Angoraregierung ist es klar, daß die Ausrottungspolitik nicht bei den Griechen Halt machen, sondern sich auch auf die Armenier erstrecken wird, die als kümmerliche Überreste nach den großen Deportationen 1915-1919 noch am Leben geblieben sind. So wurden im vergangenen Winter aus den von Amerikanern in der Türkei eingerichteten Waisenhäusern alle armenischen Knaben über 14 Jahre alt für die Armee ausgehoben, was bei der türkischen Praxis ihre sichere Vernichtung bedeutet. Als auch dieses ihr Vorgehen ungestraft blieb, schritten die Türken nunmehr zu der Methode der direkten Mordtaten und mafiaktierten am Beginn dieses Frühjahres die etwa dreitausend Menschen zählende armenische Bevölkerung in der Umgebung des Sees von Van, obgleich dieser politisch bedeutungslose Bevölkerungsrest weit entfernt ist, irgendwie der Angoraregierung gefährlich zu sein, vielmehr die Rolle von Passagieren für seine türkischen Herren spielte.

Nach den neuesten Nachrichten sind den in Malatia sitzgefundenen Massakern 7000 Armenier — die letzten Überreste einer vor dem Krieg weit über hunderttausend zählenden Bevölkerung — zum Opfer gefallen. Gegen die Mordtaten in Alexandropol, nachdem diese Stadt von den Türken besetzt worden war, hat selbst die mit Angora verbündete russische Sowjetregierung sich verpflichtet gesehen zu protestieren.

Die Frage drängt sich auf, was tun die Großmächte, die die Gestaltung des Schicksals der Völker und namentlich der Minderheiten in die Hand genommen haben, um der drohenden Vernichtung der letzteren in der Türkei vorzubeugen? Es heißt, England habe Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen, eine Kommission zur Untersuchung der Greuel nach Anatolien zu senden. Also auch jetzt, da größte Gefahr im Verzuge ist, findet man kein besseres Mittel, als den unsicheren Weg von Notenwechseln! Es wiederholt sich die Komödie von 1896, als nach den furchtbaren Mordtaten von Abdul Hamid die drei Großmächte — England, England und Frankreich — eine Untersuchungskommission nach der Türkei entsandten, wodurch sich aber der Sultan nicht im geringsten abhalten ließ, die Mordtaten in noch heftigerer Form fortzusetzen. Und selbst diesem armseligen Vorschlag Englands gegenüber macht Frankreich Vorbehalte. Und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat glattweg abgelehnt, sich an der Komödie zu beteiligen. Nur ein allgemeiner öffentlicher Protest der zivilisierten Völker vermag die derzeitigen Vertreter der Völkergeschichte zur Erpreisung von wirksamen Maßnahmen gegen das geplante große Verbrechen zu nötigen.

Tages-Neuigkeiten.

Wer führt die „Geschäfte“ der deutschnationalen Arbeiter-„Organisation“? Die hinfänglich bekannt, haben sich vor kurzem die beiden Konkurrenzfirmen, deutschnationaler Partei und deutschnationalsozialistische Arbeiterpartei, zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammengetan, das den Titel „Kampfgemeinschaft“ führt. Kurz vor diesem Zusammenschlusse sind sich die beiden Parteien, wie wir seinerzeit ausführlich darstellten, grimmig in die Haare gefahren, weil sich die deutschnationaler Partei das bisher nur den Gelben verbriefte Recht herausnahm, auch eine sogenannte „Arbeiterorganisation“ zu gründen. Wir können den Schmerz der Gelben insofern begreifen, als sich der inzwischen gegründete „Gewerkverein deutscher Lohn- und Heimarbeiter in der deutschnationaler Partei“ tatsächlich von der gelben sogenannten Arbeiterorganisation nicht um ein Haar unterscheidet und daß die Nationalsozialisten diese Gründung teils für überflüssig, teils für ihre eigenen Interessen schädlich betrachten. Aber die Gelben könnten unseres Erachtens doch darin einen Trost finden, daß sich dieser deutschnationaler Gewerkverein wirklich in erstklassigen Händen befindet. Sein Geschäftsführer, ist ein Mann, der wie kein zweiter dazu berufen ist, eine gelbe Organisation zu führen und zum Beweis dessen wollen wir es bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, die Erinnerung an das bisherige politische Leben dieses Herrn Geschäftsführers — er hört auf den Namen Franz Hadel — ein wenig aufzufrischen. Franz Hadel machte sich zuerst Anfangs der neunziger Jahre in der Bergarbeiterbewegung bekannt, indem er eine Preßsammlung für den damals gegründeten „Glückauf“ — nicht abführte. Seit dieser Zeit hatte er selbstverständlich bei den organisierten Bergarbeitern ausgespielt. Als er um das Jahr 1900 wieder an die Oberfläche kam, war er Mitglied der deutschnationaler Partei. Unser Aufseher Parteiblatt warf ihm damals die Unterschlagung des Preßfonds vor und die Bestehen von dem Ehrenmann Hadel verfolgten Genossen wurden freigesprochen, weil sie den Nachweis erbrachten, daß Hadel tatsächlich das Sammelgeld unterschlagen hat. Eine Weile später tauchte das Chamäleon Hadel bei den Christlichsozialen auf. Wieder ein paar Jahre später suchte er vergeblich Anschluss bei den tschechischen Anarchisten. Daraufhin gründete er den deutschnationalen „Bergarbeiterbund“ und ein Blatt, den „Bergmann“, der mit Unterstützung der Unternehmer eine Auflage von kaum 400 erreichte. Neben dem Verband unterhielt er eine sogenannte Arbeitsvermittlung, die für die Lieferung von Lohnbrüdern und Streifbrechern von den Unternehmern mit einer Subvention von etwa 1400 Kronen jährlich unterstützt wurde. Im Jahre 1918 wurde Hadel von den eigenen Mitgliedern davon gejagt, sein Verband löste sich auf. Hadel hat es nur seiner Unfähigkeit zuzuschreiben, daß er bis heute bei den Nationalsozialisten keine Unterkunft fand. Nun hat er wiederum in den Augen der Deutschnationalen Gnade gefunden, die ihn als Leiter ihrer „Arbeiterorganisation“ anstellten. Diese Schilderung des Geschäftsführers des deutschnationalen Gewerksvereines wird wohl hinstreichen, den Massenbewußten Arbeitern eine Vorstellung zu geben, wie diese Organisation aussieht und welche Zwecke sie verfolgt. An ihrer Spitze steht ein charakterloses käufliches Subjekt, dessen Namen in Kreisen anständiger Arbeiter nur mit Haß und Abscheu genannt wird. Ähnliche Empfehlungen werden es sein, welche unsere Arbeiter auch dem „Gewerkverein deutscher Lohn- und Heimarbeiter in der deutschen Nationalpartei“ entgegenbringen werden.

Der Märtyrer Jung. Der deutsche nationalsozialistische Abgeordnete Jung dankt in der „Gezetter Zeitung“ für 100 Kronen, die er von irgendjemandem erhalten hat, um wahrscheinlich teilweise für den Verlust seiner Mäntel entschädigt zu werden, die ihm vom Abgeordnetenhaus entzogen worden sind. Herr Jung ist ein Märtyrer. Von ungefähr zwei Uhr nachmittags bis sieben Uhr abends stand und sah er in der Pose der Obstruktion während der berichtigten Sitzung, in der die A. E. verhandelt wurde, wobei er allerdings mehr die unteren als die obersten Parteien des Körpers angestrengt hat. Diese Märtyrermethode hat sich gelohnt. Die ersten 100 Kronen sind ihm als Dank für seine Tat eingelaufen. Er hat das Geld — eingestreckt. Das sind keine nationalen Märtyrer, deutsche Nation!

„Ein Jude ist verprügelt worden.“ Unter diesem Titel berichtet die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ über den Mordanschlag gegen Harden. Und in dem Bericht, dessen Titel allein charakteristisch genug ist, für die Schreibweise der genannten Zeitung wimmelt es von Ausdrücken, wie „Charakterlump“, „angeblich bewußtlos“,

„Prachtexemplar eines Konjunkturpolitikers“ usw. der Schreiber dieses Berichtes stellt auch mit Befriedigung fest, daß Harden „verprügelt“ wurde und schreibt am Schlusse wörtlich: „... es fehlt nur noch, daß ein neues Reichsgesetz zum Schutze Hardens verlangt wird, er ist ja doch ein Jude.“ Daß dieser deutschnationaler Journalist, der von der deutschen Schwerindustrie gezahlt wird, seinen Kampfanen im Reich in Verherrlichung der Mordtaten nicht nachstehen darf, ist aus seiner Soldnerstellung erklärlich; daß er jedoch das Gesetz zum Schutze der Republik in Deutschland mit einem geschmacklosen Biß zu parodieren sich getraut, wird ihm wohl die Arbeiterschaft nicht vergeßen. Denn dadurch beweist er aufs neue, daß die Deutschnationalen die größten Feinde der Republik sind, wenn sie es auch bisher in Oesterreich offen zu sagen nicht wagten.

Ein Legionär-Ausflug nach Teplitz. Sonntag findet in Teplitz ein großes Meeting der Legionäre statt, zu dem die Legionäre aus nah und fern herbeigetrömmelt werden. Da aber die tschechischen Aufrufe direkt zu Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung auffordern, hat der Stadtrat von Teplitz an das Ministerium für nationale Verteidigung, die politische Landesverwaltung, das Ministerratspräsidium sowie an die politische Bezirksverwaltung einen Protest eingeschickt, in dem er sich gegen die Abhaltung des Legionärmeeting auf dem Marktplatz in Teplitz und gegen die Plakate, die von größten Unwahrheiten und Verdächtigungen der deutschen Bevölkerung strotzen, energisch Verwahrung eingelassen. Der Stadtrat verteidigt ausdrücklich seine Zustimmung zur Benützung des Marktplatzes und lehnt jede Verantwortung für die Wahrung der Sicherheit und Ordnung ab. Die Behörde müsse ganz allein die Verantwortung für die Sicherheit der Person und des Eigentums der schwer bedrohten Bevölkerung und für die unermessliche Schädigung des Kurortes übernehmen und tragen. Schließlich fordert der Stadtrat die Befreiung der hebräischen Plakate im Gebiete von Teplitz sowie in den benachbarten Bezirken.

Die Tagung der internationalen Elbekommission. Die Elbekommission, in der die Länder Belgien, Deutschland, Frankreich, England, Italien und Tschechoslowakei vertreten sind, beendete am 6. Juli ihre zweite Tagung in Prag. In fast allen Punkten der Tagesordnung wurde ein volles Einvernehmen erzielt. So konstatierte die Kommission, daß sowohl in Deutschland als auch in der Tschechoslowakei ein einheitliches Eichungssystem bestehe; weiters wurde beschloffen, geeignete Schritte zur Erlangung einer Einheitlichkeit der Gefügegebung in den Schiffahrtsangelegenheiten diesbezügliche Schritte bei den in Frage kommenden Regierungen zu unternehmen. Das Ratifikationsprotokoll der Elbeakte von 22. Februar 1922 soll bis zur Genehmigung dieser Akte durch die Parlamente der einzelnen Staaten in Paris aufbewahrt werden. Als Jahresbudget für 1923 wurden 60.000 französische Franken festgesetzt. Der Vertrag über die Errichtung von Elbe-Gerichten wurde nur in erster Lesung behandelt, da sich in einzelnen Punkten keine Einigkeit erzielen ließ. Als nächster Tagungsort wurde Prag festgesetzt, wo im Jänner 1923 die nächste Sitzung stattfinden wird.

Internationalisierung der ärztlichen Hilfe für Rußland. Aus London kommt folgende Fundmeldung: Gesundheitsminister Sir Alfred Mond teilte der königlichen ärztlichen Gesellschaft mit, daß er den Plan einer internationalen Organisation der ärztlichen Hilfe für Rußland vorbereite, welche unter dem Schutze des Völkerbundes arbeite und den epidemischen Krankheiten einen Damm entgegensetze solle, da diese Krankheiten bereits die Grenzen Rußlands überschritten und Europa mit einer Seuche-Epidemie bedrohen, die es seit Jahrhunderten nicht erlebt habe.

Eine vereinigte dänisch-tschechoslowakische Schiffahrtsgesellschaft soll, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, gegründet werden, um den dänischen Seetransport mit dem tschechoslowakischen Lufttransport zu verbinden und so zur Entwicklung und Erleichterung der Ausfuhr tschechoslowakischer industrieller Erzeugnisse und zur Einfuhr der notwendigen Roh- und Stoffstoffe für die tschechoslowakische Industrie und Landwirtschaft beizutragen.

Kommunistische Lügen. An den Wahlen im Burgenlande haben sich die Kommunisten nicht beteiligt, da sie jedenfalls mit Rücksicht auf den unaussprechlichen Zusammenbruch ihrer Partei in Oesterreich eine schmachvolle Niederlage im Burgenlande nicht heraufbeschwören wollten. Nun versuchen die Herren von der dritten Internationale im nachhinein Bauernfänger zu treiben, indem sie den Arbeitern einzureden versuchen, daß es ihnen durch die — Sozialdemokraten unmöglich gemacht worden sei, sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen. In der Internationalen Pressekonferenz, die in Berlin erscheint, trägt Herr Paul Friedländer in einem Artikel über die Wahlen im Burgenlande die unverschämtesten Lügen auf. Er schreibt unter anderem:

„Endlich haben die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer es bereits (!) verstanden, allen denjenigen Proletariats mit der Hungerpeitsche zu drohen, die es wagen würden, sich als Kommunisten zu bekennen. (!) Auch haben Christlichsoziale und Sozialdemokraten in abgelehnter Gemeinschaft ein Wahlrecht ausgearbeitet, (!) das sich vor einem Pöbel-Wahlrecht nicht zu schämen brauchte. (!) In demselben wird festgesetzt, daß alle diejenigen, die aufgrund des früheren Rechtes, also des Pöbel-Rechtes, eingestuft oder interniert wurden, für drei Jahre vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Diese Bestimmung richtete

Genossen, leset die „Arbeiterpresse“.

sich lediglich gegen die Kommunisten, denn die parlamentarischen Parteien Österreichs trafen ein Übereinkommen, wonach ihre Angehörigen von dieser Bestimmung nicht betroffen werden.

Die „Kampf“-Methoden der Kommunisten sind sich überall gleich: Durch Lüge und Betrug das wieder wettmachen zu wollen, was sie vermöge ihrer „Politik“ längst verloren haben: die Gunst der Arbeiter.

Eine köstliche Stille leistete sich dieser Tage die in Prag erscheinende „Neue Morgenpost“.

Erlegung eines Bären in der Slowakei. In der Gegend von Deutsch-Lupoda nächst Rosenberg wurde in den Bergen in der Nähe menschlicher Ansiedlungen ein ausgewachsener Bär erlegt.

Der Jugendsammenshof in Nühren. Wie aus Olmütz berichtet wird, erlitten bei dem Eisenbahnunglück in Wratislavia bei Kremsier drei Personen schwere Verletzungen, von denen zwei im Krankenhaus in Welsch ihren Verletzungen erliegen sind.

Beim Baden ertrunken. Vorgestern abend ertrank beim Baden in der Moldau in Prag VII. der Ringmacher Alois Kobotny aus Dablic. Seine Leiche wurde geborgen.

Selbstmordversuch. In Prag-Weinberge schoß sich gestern der Bezirksarzt Ladislav Zeman eine Kugel in die Brust und verletzte sich schwer.

Telegramme.

Die Deutsche Volkspartei regierungsbereit.

Berlin, 7. Juli (Wolff). Auf die gestrige Anfrage des Zentrums und der Demokraten an die Deutsche Volkspartei, ob diese bereit ist, in die Regierung einzutreten, hat die Deutsche Volkspartei, von den Grundfragen ausgehend, die im Briefe des Zentrums und der demokratischen Partei zum Ausdruck gebracht wurden, einmütig beschlossen, sich zum Eintritt in die Regierung bereit zu erklären.

Monarchistenverhaftungen in München.

München, 7. Juli (Wolff). Die „Münchener Post“ meldet, daß hier einige der Organisation C angehörige Studenten auf Ersuchen des Oberreichsanwaltes verhaftet worden sind.

Neue Waffensunde.

Hamburg, 7. Juli (Wolff). In Bergedorf wurden in einem Gasthose und an anderen Stellen der Stadt Riffen gefunden, die neben Stahlhelmen und sonstigen Militärausrüstungsgegenständen auch Maschinengewehre und Handgranaten enthielten.

Sturz des polnischen Kabinetts.

Warschau, 7. Juli. (P.M.) In Sejm wurde heute die Debatte über die Regierungserklärung zu Ende geführt. Der Antrag der Rechtsparteien: Der Sejm nimmt die Erklörung des Ministerpräsidenten Sliwinski nicht zur Kenntnis und hat zu seiner Regierung kein Vertrauen, wurde mit 201 gegen 195 Stimmen angenommen.

Warschau, 7. Juli. (P.M.) Das Kabinett Sliwinski ist heute gestürzt worden. Die heutige Sejm-Sitzung hat einen äußerst stürmischen Verlauf gehabt. Schon lange wurden im Sejm keine derartig lebhaften und scharfen Reden geführt wie heute.

Berlin, 7. Juli (Eigenbericht). In einem Magdeburger Villenviertel ist ein großes Waffenlager entdeckt worden. Gefunden wurden fünfzehn Maschinengewehre und nach einer vorläufigen Zählung fünftausend Gewehre mit einer Unmenge von Munition.

Magdeburg, 7. Juli (Wolff). Im Anschlusse an die beträchtlichen Waffensunde in Magdeburg wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen und zwar, die des früheren Oberleutnants Raffauf, der als Mitwisser in Betracht kommt, ferner die des Stadtrates Trendmann und seines Sohnes, ferner eines ehemaligen Majors namens Schäfer und zweier Kaufleute.

Neuerliche Valutenhaufe an der Wiener Börse.

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht). Auf der Wiener Börse sind heute wieder die ausländischen Valuten riesig in die Höhe gegangen. Die tschechische Krone, die gestern auf 431 gestiegen war, ist heute bis auf 485 gestiegen.

Der Streik in Steiermark.

Graz, 7. Juli. Wie der „Arbeiterwille“ aus dem Streikgebiete mitteilt, sind die Gruben Hohl, Bieberstein und Oberdorf in Brand geraten.

Hejas und die Morde von Orgovan.

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht). In der gestrigen Verhandlung vor dem Budapest Militärgericht wurde ein Schriftstück des Ivan Hejas vorgelesen, worin er über die Massenmorde im Wald von Orgovan Auskunft gibt.

der Kampf der Nationaldemokraten wendet, im Auslande die Unabhängigkeit des polnischen Staates schon lange vor dem Versailler Vertrag notifiziert habe. Pilsudski war derjenige, welcher sowohl die Russen als auch die Deutschen aus Polen vertrieben habe.

Schriftstück mit den maßgebenden Personen vereinbart ist; Hejas übernimmt die Verantwortung, sodas man die des Nordes Angeklagten freisprechen kann, weil sie nur einen Befehl ausgeführt haben.

Vom italienischen Gewerkschaftstongreß.

Genua, 7. Juli (Havas). Am Kongreß des Nationalrates der italienischen Gewerkschaftsverbände wurden einige Resolutionen beantragt, von denen die Resolution des Allgemeinen Arbeitsverbandes 537.000, die kommunistische Resolution 253.000 und die maximalistische Resolution 247.000 Stimmen erhielt.

Die Abrüstung wird gründlich besprochen.

Paris, 7. Juli (Havas). Die Kommission des Völkerverbundes für Rüstungen hat die Generaldebatte über die Abrüstung beendet und die gestrige Resolution der Unterkommission angenommen.

Psychopathische Charaktere.

Von Dr. Georg Wolff.

Der Normalmensch ist eine seltene Erscheinung. So, man weiß nicht einmal, wie man ihn genau beschreiben, genau abgrenzen soll von den andern, die angeblich nicht normal sind.

Wer ist geistig normal, wer abnormal? Welches Gesetz, welche Regel entscheidet darüber? Das Zeugnis der Schule? Dann werden viele, die dort keine Durchschnittsleistungen erzielen konnten, falsch eingeschätzt werden.

Das ist kein Vorwurf gegen die Schule, das liegt in ihrem Wesen als einer Erziehungsanstalt für viele, die nach einem gewissen Schematismus unterrichtet werden müssen, wenn alle auf ihre Rechnung kommen sollen.

Die richtige Prognose schon auf der Schule stellen, das können nur wenige auserwählte Pädagogen, die eine innerliche Menschenkenntnis besitzen; diese Prognose ist noch viel schwieriger zu stellen, als diejenige, die den guten Arzt charakterisiert.

Die große Bedeutung, die für alle Arten der geistigen Begabung einer sogenannten „psychopathischen Konstitution“ zukommt, tritt deutlich zutage in den „Psychopathologischen

Dokumenten“, die der Psychiater Karl Birnbaum als „Selbstbekenntnisse und Fremdzugnisse aus dem seelischen Grenzlande“ gesammelt hat (Julius Springer, Berlin), nicht zum Gebrauch für Ärzte oder Irrenärzte oder einen anderen Spezialberuf, sondern für alle, die den weitgehenden Beziehungen des Pathologischen im Schaffen der Menschen nachzugehen geneigt sind.

Für die Darlegung dieser Verhältnisse bringen die „Psychopathologischen Dokumente“ ein reiches Material, das Birnbaum aus allen Zweigen des Kulturgeschaffens, aus alter und neuer Zeit zusammengetragen hat, soweit es aus Briefen oder anderen Aufzeichnungen zur Beurteilung der psychopathologischen Persönlichkeit möglich war.

„Deutsch bis ins Mark“.

So nennen sie sich alle, ob sie mit oder ohne Stintbomben kämpfen, und erst vor kurzem haben die Agrarier förmlich aufgeschrien, weil sie die Bildung und der Aufruf der Kampfgemeinschaft beinahe in den Verdacht gebracht hätte, daß sie weniger streitbare Deutsche seien, als jene Nationalisten, welche diesen Titel für sich gepachtet zu haben glauben.

Wir haben erst jüngst berichtet, daß der ganze agrarische Bezirk Dauba nicht einen Ferienplatz für die Kinder der Armen aufbrachte, ja, daß die dortige Bezirksstelle der Jugendfürsorge der Landeszentrale sogar mitteilen mußte, es sei zur Besprechung der Angelegenheit auch nicht eine von den (versteht sich: bündlerischen) Vorstehern der zwölf größten Gemeinden des Bezirkes erschienen. Aber Dauba ist nicht etwa die Ausnahme, sondern der Typus.

Im Jahre 1921 waren von der Landeskommission für Jugendfürsorge 2400 Ferienplätze angefordert oder erbeten worden; damals fanden „noch“ 400 Kinder Unterkunft. Im heurigen Jahre wurden 2840 Plätze beansprucht und als frei angemeldet wurden — 80. Das deutsche Proletariat wird den Agrariern in ihrer Gesamtheit einen unverweifellichen Vorbehalt einreden; wir wollen es aber nicht unterlassen, die Öffentlichkeit auch wenigstens in einige der Nummernblätter besonders Einsicht nehmen zu lassen.

Am Bezirk Raaden . . . 2 Plätze
„ „ Trajau . . . 25 Plätze
„ „ Schafar . . . 2 Plätze
„ „ Riemes . . . 1 Platz
„ „ Ludib . . . 1 Platz
„ „ Lobositz . . . 3 Plätze
„ „ Dauba . . . kein Platz
„ „ Leipa . . . 6 Plätze

Am Bezirk Leipa, der die riesige Zahl von sechs Plätzen aufbrachte, läßt sich übrigens auch nachweisen, wie den reichen Bauern beschämende Beispiele liefert. Unter den sechs Plätzen ist einer von einem Bahnschmied, ein zweiter von einem Glasgläser zur Verfügung gestellt worden.

Wir lernen den Hystero-Epileptiker Mohammed als Stifter einer Weltreligion kennen, die Epileptiker Flaubert, van Gogh, Dostojewski, wie erfahren von vorzeitigen Geistesstörungen bei dem berühmten Pshyiker und Chemiker Faraday, von der Altersverblöbung eines Immanuel Kant, von den sexual-psychischen Abirrungen eines Platen und Oskar Wilde.

So geht der Einschlag des Pathologischen durch alle Schöpfungen dieser Großen. Und man hat zuweilen das Gefühl: Eigentlich ist der arme Normalmensch, der gar nichts Krankhaftes an sich hat! Man wird auf jede geistreiche Formulierung verzichten müssen. Das eine erscheint aber gewiß: Die unendliche Mannigfaltigkeit des Lebens läßt sich nicht erhalten, wenn man bestimmte Anlagen, die dem einen pathologisch erscheinen, dem andern nicht, daraus entfernt, solange man nicht die vererbungsbiologischen Gesetze genau beherrscht.

Zur Verstaatlichung der Forste.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei, sowie die der freien Gewerkschaften zur Frage der Bodenenteignung durch den Staat wurde zur Genüge kund getan, deshalb erübrigt sich über diese Frage jede weitere Diskussion. Was wir in bezug zu der vom Bodenanw. durchzuführenden Bodenreform zu sagen haben, gilt auch für die geplante Verstaatlichung der Forste, denn letztere bildet im wesentlichen einen Teil der im Gange befindlichen allgemeinen Güterzerstückelung. Der der Bodenreform anhaftende nationalpolitische Charakter erhält durch die Verstaatlichung der Forste eine besonders scharfe Betonung und diese Verstaatlichung der Wälder muß in wirtschaftlicher wie nationaler Hinsicht unheilvolle Auswirkungen im Gefolge haben.

Die zur Aufteilung kommenden landwirtschaftlichen Großgüter umfassen vornehmlich das Flach- und Hügel- und der Tschechoslowakei, hingegen ist der forstwirtschaftliche Großgrundbesitz in den Gebirgsgegenden zu finden und der Zufall will es, daß in der Tschechoslowakei Gebirgsketten der natürliche Grenzwall des Staates sind. Böhmerwald, Erzgebirge, Riesengebirge, Alttaiergebirge und die Karpathen! Alle diese Gebirgszüge sind von prachtvollen, erfrischenden Waldmassen überschattet und die ersten fünf der Gebirgsketten fast ausschließlich vom „Minderheitsvolke“ der Deutschen bewohnt. Deshalb wird sich die geplante Verstaatlichung der Wälder — da auch hier das Tschechoslowakische unstrittig zur Anwendung kommen wird — in besonderer Weise gegen die deutsche Grenzbevölkerung richten: Seit jeher kommt doch den Chauvinisten der Waldbau das Größte, wenn sie der Tatsache erschreckend ins Auge blicken müssen, daß gerade an den Grenzen des tschechoslowakischen „Nationalstaates“ über drei Millionen „Tschechoslowaken“ deutscher Junge so recht und schlecht ihr Dasein fristen müssen. Die Engstirnigkeit und Großmühseligkeit eines Chauvinisten muß in solchen Siedlungsverhältnissen eine Gefahr für den Staat erblicken und deshalb nur rasch: die Verstaatlichung der Wälder!

Nach zwei Richtungen hin soll die Verstaatlichung der Forste ihre Wunder wirken: 1. soll sie dem Expansionswillen des tschechoslowakischen Volkstammes dienen und gleichzeitig eine „verlässliche“ Grenzbevölkerung schaffen und 2. soll sie zum Heiler des chronischen staatlichen Finanzleidens werden. Mit anderen Worten gesagt: der privatkapitalistische Raubbau der eine Steigerungsfähigkeit kaum mehr vermag, soll durch die staatliche „Bewirtschaftung“ noch intensiver betrieben werden: Der Verstaatlichung der Wälder soll die Verdrängung tausender deutscher Forstwirte und die sofortige „Anpflanzung“ entsprechend tschechischer „Fachleute“ auf dem Fuße folgen und die Bewirtschaftung der Milliardenwerte repräsentierenden Wälder ist nach „volkswirtschaftlichen und nationalökonomischen“ Grundsätzen in die Wege geleitet. So steht es im Rezept des Prager Bodenanw. und so lautet auch das Einmaleins des Herrn Dr. Bichselovsky!

In berechtigter Sorge muß die deutsche Grenzbevölkerung diesem neuen Verwaltungsplan entgegenblicken. Die Verstaatlichung der Forste ist von solch weittragender wirtschaftlicher Bedeutung, daß nicht allein die unmittelbar betroffenen Kreise, sondern die Gesamtheit der Bevölkerung zum Leidtragenden dieser nationalpolitischen Aktion werden kann. Alljährlicher Bürokratismus, der in der Republik der Demokratie seine jungfräuliche Auferstehung feierte, würde im Bunde mit einem nach oben hin unbegrenzten Protektionskoller dafür sorgen, daß nicht allein die Forstwirtschaft, sondern die ganze forstwirtschaftliche Industrie einem unentinnbaren

Mohrenwäsche in Paris.

Paris, 6. Juli. In der Kammer wurde im Zusammenhange mit der Interpellation des Kommunisten Vaillant-Couturier die Frage der Kriegsschuld behandelt. Die Kammer beschloß mit 446 gegen 29 Stimmen, eine Rede Vivianis, in der er die Schuld Frankreichs dadurch abzulehnen suchte, daß er Oesterreichs offenkundige Verfehlungen zum zten Male aufzählte, in allen Gemeinden Frankreichs anzuschlagen. Als zweiter Interpellant ergriff der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin das Wort: Die französisch-englische Allianz habe Frankreich Vorteile in Marokko und England Vorteile in Ägypten gebracht und so den Appetit der anderen europäischen Staaten angeregt. Auf diese Kriegsgefahr, die jeden Tag stärker geworden sei, habe Faures hingewiesen. Cachin verliest einen Brief Jzowski aus dem Jahre 1912, der besagt, man beginne sich in Paris zu wundern, daß Rußland keine Vorbereitungen treffe, um auf die Vorbereitungen Oesterreichs gegenüber Serbien zu antworten. Frankreich habe also an den Krieg gedacht, als Rußland noch nicht daran gedacht habe. 1912 habe man den Vorschlag in Wien Crozier abgelehnt, weil er sich für einen Europäer ausgegeben und pazifistische Gefühle gehabt habe. Hierauf verliest Cachin einen Bericht des belgischen Gesandten in Paris vom Juli 1914, in dem von der nationalen Politik Poincarés und Millerands gesprochen wird, die gefährlich sei. Der Interpellant ging dann auf die Friedensversuche Kaiser Karls von Oesterreich im Jahre 1917 ein. Lloyd George habe die Friedensvorschläge für wichtig gehalten, in Frankreich aber habe man sie fallen lassen. Poincaré macht den Kommunisten zum Vorwurfe, daß sie einen Teil der Verantwortlichkeit auf Frankreich ablenken wollten. Man könne das feststellen durch die Festigkeit der Campaigne die in Deutschland gegen diese Regierungen und gegen die Urheber des Versailleser Vertrages entfesselt werde. Der Vertrag baue sich auf der Verantwortlichkeit für den Krieg auf und die beiden französischen Kammern hätten einstimmig dieser Auffassung zugestimmt. 1912 habe er keine persönliche und keine militärische Politik getrieben; er habe keine Ministerkollegen ständig auf dem Laufenden über seine Handlungen gehalten. Jzowski habe keinen Einfluß auf die Haltung Frankreichs gehabt, das immer eine Politik der Annäherung an ganz Europa verfolgte. Er erinnere an die Bemühungen

Frankreichs, den Balkankonflikt im Jahre 1912 örtlich zu beschränken und aufzuhalten. Im Sommer 1914 habe die französische Regierung so wenig an einen Krieg gedacht, daß er (Poincaré) mit Viviani nach Rußland reiste (Genau so habe sich Wilhelm in der Krisenzeit auf Reisen begeben, um die Komödie, überfallen worden zu sein, besser spielen zu können. D. Red.) und daß sie mitten in der Nordsee erst die ersten Ereignisse erfahren hätten. Er verlas seinen Brief an den König von England, in welchem er die Ansicht auspricht, daß mit Rücksicht auf die intensiven Vorbereitungen Deutschlands, wenn England, Frankreich und Rußland den Eindruck einer stärkeren Macht geben. Aussicht dafür vorhanden wäre, daß der Frieden nicht gestört werde. Frankreich habe alles getan, um Europa und der Welt diese Katastrophe zu ersparen. (Durch solche Deklamationen wie die Vivianis und Poincarés können nur die getäuscht werden, die gleich den mitschuldigen Nationalisten der französischen Kammer getäuscht sein wollen. Die zweifelhafte Schuld der Mittelmächte hebt Poincarés Vorbrechen gegen den Frieden nicht auf. D. Red.)

Nach Poincarés mit langweiligen Phrasen schließender Rede schloß die Kammer mit 487 gegen 65 Stimmen die sozialistische Tagesordnung ab, die die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Frage der Kriegsschuld forderte, und nahm mit 532 gegen 65 Stimmen eine Tagesordnung an, in der die verlegerische Kampagne beurteilt wird, die zu dem Zwecke organisiert ist, um Deutschland zu ermöglichen, die Verantwortung für den Krieg von sich abzuwälzen, die aus dem im Friedensvertrage von Versailles enthaltenen und bestätigten Tatsachen klar hervorgeht und vom deutschen Reichstage in seiner Sitzung am 12. Mai 1921 bestätigt wurde.

Unter begeisterten Zurufen „Es lebe die Republik“, „Es lebe die heilige Allianz“ wurde die Sitzung geschlossen. Wenn wirklich der Ruf „Es lebe die heilige Allianz“ gefallen ist, dann haben die betreffenden Käufer die Entente prachtvoll charakterisiert. Denn die „heilige Allianz“ russischer und österreichischer Kaiser und dem preussischen König, der, von Metetrnich geleitet, Europa in die finstere Nacht des Vormarsches hineinzwang. Diese Vorbild Poincarés erklärt freilich seine Haltung ausreichend. D. Red.)

Niedergänge entgegenstellen müßte. Daß die deutsche forstwirtschaftliche Industrie als erste zum Handtuch läge, kann wohl ohne Voreingenommenheit als eine bedauerliche Tatsache erklärt werden. Die krankhafte Sucht, die tschechische Industrie auf Kosten der deutschen zu bevorzugen, um so das von den tschechischen Mehrheitsparteien bisher mit Erfolg geübte Vergewaltigungsprinzip auch in der Industrie unumschränkt zur Geltung bringen zu können, wird auch hier wieder zum Kennzeichen, das das gesamte wirtschaftliche und politische Leben dieses Staates so sichtbar zur Schau trägt.

Der sachgemäße Forstbetrieb, dessen wirtschaftliches Vermögen frei sein muß von jedweden politischen Einflüssen, ist der Grundpfeiler einer gesunden forstwirtschaftlichen Industrie. Eine Verstaatlichung der Forstbesitzes würde das Betriebsinteresse der Forstwirte in empfindlicher Weise stören, weil die Übernahme des privaten Waldbesitzes durch den Staat eine Bedrohung der Existenz für tausendfache deutsche Forstangehörige bedeutet. Die Bewirtschaftung der Forste muß unter solchen Umständen eine verminderte und un-

geschlagenen Kutz- und Brennholzes rund 65.000.000 Kronen. Für das industriearme Westschlesien sind über 80 Millionen Kronen eine recht nennenswerte Summe.

Die vom Forstbetrieb abhängige Industrie kommt wie folgt zum Ausdruck: Das Tischlereigewerbe umfaßt 220, Sägewerke 220, Fräshandereien 120, Holzwarenherstellung 60 und solche diverser Holzverarbeitung 10, insgesamt 1.330 Holzverarbeitende Betriebe.

Der schlesische Grenzstreifen ist verhältnismäßig nur ein kleiner Bruchteil des weitgestreckten Gebirgszuges, der die Grenze dieses Staates bildet und doch tritt schon aus diesen wenigen Zahlen die Bedeutung der Forstwirtschaft sinnfällig in Erscheinung.

Weil nun der Verstaatlichung der Wälder vorwiegend nationalpolitische Gesichtspunkte zugrunde liegen, müßte die ihr folgende Verminderung und Störung der forstwirtschaftlichen Produktion ein langsames Verdrängen der forstwirtschaftlichen Industrie mit sich bringen. So unzweifelhaft wir uns heute gegen die privatkapitalistische Ausbeutung des Waldes wenden, so entschieden sprechen wir uns gegen die Verstaatlichung des Forstbesitzes aus. Dort Raubbau an den Gütern der Allgemeinheit — hier Raubbau und Zerstörung des Volksgutes! Dieses System wurzelt im privatkapitalistischen Eigennutz, nur mit dem Unterschiede, daß durch die Aktion des Prager Bodenanw. die Brotlosmachung tausender deutscher Arbeitnehmer und die Erdrosselung eines deutschen Industriezweiges rationeller betrieben wird.

Freilich und leider ist dies das Endziel der Verstaatlichung der Forste in der Tschechoslowakei. St — — r.

Kleine Chronik.

Todesopfer eines Orkans. Bukarest, 7. Juli. (Laurenzberg.) Ein schrecklicher Sturm suchte gestern die Stadt Raxova heim. Eine große Ziegelei in der Nähe der Stadt stürzte ein und begrub unter ihren Trümmern einige Arbeiter, von denen einige auf der Stelle erschlagen wurden.

Absturz eines Flugzeuges bei Mey. Aus einer Höhe von 200 Metern ist gestern bei Mey ein militärisches Flugzeug abgestürzt. Drei Personen wurden getötet.

Im Flugzeug von Tunis nach Paris. Der Flieger Belleret Desly hat den Flug von Tunis nach Paris, eine Entfernung von 1650 Kilometer, in zwölf Stunden ohne Unterbrechung und trotz starken Sturmes zwischen Lyon und Paris vollführt.

Dickschlag und Sonnenstich. Dickschlag und Sonnenstich werden häufig miteinander verwechselt. So sehr aber beide in ihren Erscheinungen sich gleichen, so verschieden ist ihre Entstehungsweise. Der Dickschlag kommt durch eine Art Wärmestauung im Körper zustande, besonders bei angestrengter Arbeit bei ungewöhnlich gewählter — dunkler oder enganliegender — Kleidung, zumal wenn dem Organismus zu viel feste und zu wenig flüssige Nahrung zugeführt wird. Aber an heißen Tagen zu viel ist, heizt seinen Körper über Gebühr, und wird nicht in irgendeiner Form für die Entwärmung des Körpers gesorgt, so wird die bereits erhöhte Eigenwärme so weit gesteigert, daß es zu bedenklichen Krankheitserscheinungen kommen kann. Der Dickschlag entsteht also durch eine Hemmung der Wärmeabgabe. Beim Sonnenstich handelt es sich um eine starke Erhitzung des Körpers durch direkte Sonnenstrahlung. Manah einer Jüdisch der Gewohnheit, an heißen Tagen lange mit entblößtem Kopf in der Sonne zu bleiben. Besonders wenn der Haarmantel ein spärlicher ist und wenn zur Mittagzeit die Sonnenstrahlen senkrecht auffallen, erfolgt eine Reizung der Hirnhäute, welche bei abnormer Steigerung der Körpertwärme den augenblicklichen Tod zur Folge haben kann.

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Angenruber.

Der alte Mann, der da im Lehnstuhl saß, hatte sie in diesem Augenblicke voll und ganz, durch keine Frage, keinen Gedanken abgelenkt, durch keinen Schmerz, keine Leidenschaft beirrt, durch keine Erinnerung, keine Furcht getrübt. Ruhige Atemzüge hoben und senkten seine Brust, ganz im Schauen ausgegangen, genoss er rein das Gefühl des Seins, wo wir des eigenen Selbst vergessend, plötzlich mit der Selbstlosigkeit des großen Ganzen in dem Anblicke seiner größten, wie seiner kleinsten Bilder sinnenden Augen uns verlieren.

Der Klang der Abendglocke schreckte den Kaplan auf, er stieß einen Seufzer aus und rieb sich die Stirne; ein grämlicher Zug überlag sein Gesicht, offenbar befann er sich auf etwas, das ihn gerade nicht angenehm berührte. Er erhob sich rasch, wechselte den Rock, verließ seine Stube, und nach wenigen Schritten über den breiten, aber kurzen Gang stand er vor einer Tür, an welche er pochte.

Innen blieb es stille. Der Pfarrer lehnte am Fenster und sah in die Ferne, wo einzelne Gipfel eines Gebirgszuges hinter den Bergen, welche das Tal einschlossen, emporglitten und, vor der schwebenden Sonne stehend, sich dunkel und scharf abgrenzten am Himmel abhoben. Schon vorhin, als er noch mit hastigen Schritten das Zimmer durchmaß, war ihm die eine Höhe aufgefallen, die zwei stumpfe, weit auseinander stehende Zaden zeigte und aussah, als hätte der Berg einstmals die Hörner getragen und die wären ihm abgefaßt worden. Er kannte den Berg; an dessen Fuße mußte das Dörfchen

Gutenhofen liegen, dort wußte er eine ärmliche Hütte mit einem dürftigen Gärtchen, in welchem mehr Klette als anderes wuchs, und daran floß der klare Bach vorbei. Er fand oft den Weg dahin, der Straße nach, in Staub und Sonnenbrand, dem Wasser entlang und über das selbe hinweg, in der Abendkühle und wenn die Steine, die man trodden Fußes beschritt, im Mondlichte glänzten. — Das alte Weib war gestorben, zur Vorbereit trug man sie, das Tot, aus der Hütte hinweg, und durch die Gartenpforte...

Der Pfarrer schüttelte mit dem Kopfe und streckte die Hände vor sich, als wollte er etwas abwehren. „Apagel!“ murmelte er. Er horchte auf, es pochte, und froh der willkommenen Störung, rief er ein kräftiges „Herein!“

„Guten Abend, Herr Konrater,“ sagte der Kaplan. „Ich bin“ um Entschuldigung, falls ich belästigt. „Ich komm' nur Abschied nehmen; ich hab' mir gedacht, es ist besser, ich mach' das heut noch spät ab, morgen früh dürft' eben zu früh sein.“

„Wollen Sie Platz nehmen,“ sagte der Pfarrer, indem er nach dem Stuhle deutete und sich selbst niederküßte. Eine Weile saßen sich die beiden Männer schweigend gegenüber.

„Daß Sie den Entschluß gefaßt haben, sich zur Ruhe zu setzen, kann ich nur billigen,“ hob der Pfarrer an. „Es bricht jetzt eine Zeit herein, wo es nach außen eines wahren Kampfes bedarf, um die Kirche gegen Anfechtungen zu schützen und nach innen einer eisernen Strenge, um das festzuhalten, was sie unter den Händen hat. Nun scheinen mir aber Kampfes und Strenge nicht Ihre Sache zu sein!“

„Nein, das weiß Gott,“ sagte der Kaplan, „wo ich was mit ihr Gutes richten laßt, bin ich nie der Mann dazu.“

„Ei, so eingenommen für Milde und Nachsicht?“ Der Pfarrer hob drohend den Finger, es sollte wie schallhaft ausfallen. „Am Ende benötigen Sie selbst derselben?“

„Wer denn nicht? Jeder hat so seine Schwächen, aber ich hoff', mein bißel Viebersammeln — ich tu's ja mit martern — und das faser... das Rauchen, halt das Rauchen, das rechnet mer unfer Herrgott wohl nit für Sünd' an.“

„Das hoff' ich auch, habe mir ja nur einen Scherz erlaubt; jedoch im Ernst gesprochen, Gott mag Barmherzigkeit üben, dem Menschen geziemt es Strenge zu sein gegen sich und andre. An sich selbst lernt man das Bedürfnis nach Strenge fühlen, an sich selbst die Heiligkeit derselben erproben. Ich habe mich einst ganz in die Hände der Obren gegeben, und sie haben mich in eine harte Schule geschickt, als Missionär nach einem andern Weltteile.“

„D, so weit herumgewesen in der Welt, Herr Amtsbruder?“

„Ja, ich habe jahrelang im Sonnenbrande Afrikas den Wilden das Evangelium gepredigt; bin noch nicht gar so lange von dort zurück.“

„Ei du mein, da ist mer halt doch ganz aus 'm Alten heraus, und es heißt, sich erst wieder drein eing'wöhnen; ich geb' zu, einige Wildling' sein schon auch da, aber es dürft' wohl anders mit so un'gehn sein wie mit Wilde.“

„D ja, mit mehr Strenge! Die Wilden sind wie groß' Kinder, und es ist ganz merkwürdig zu sehen, welche Einwürfe und Ausfälle der Erbfeind den Landlichen Seelen zuläßt, um sie gegen das Heil mißtrauisch zu machen und zu verhärtet, aber am Ende bleiben sie doch Kinder und sind mit einigem Ernste eines Bessern zu belehren; hier aber habe ich es nicht mit Kindern sondern mit großer Leuten zu tun, durch die Laufe in die Gemeinschaft der heiligen Kirche aufgenommen und von Klein auf in deren Heilswahrheiten unter-

richtet, und treffe ich darunter welche, die zu eigenem und fremdem Verderben sich gegen ihr Gewissen setzen und das andre irreführen, dann bin ich der Mann dazu, der sie entweder zurecht oder der Gemeinde aus den Augen bringt, und damit tu' ich nur, was man von mir erwartet, denn meine Gesinnung war bekannt, eh' man mich auf diesen Posten stellte.“

„Na, ja,“ seufzte der Kaplan, „ich merk' schon, daß schärfer drein' gangen werd'n soll, das ist beschlossene Sach', und da hilft kein Neben; aber ich kann mer nit helfen, ein klein's Uebergangl tat, halt doch dazu not, wann das so auf ein' Rud kommt, das vertruht und verstockt die Leut', und der Herr Konrater soll halt nit gleich brechen wollen, was nit auf der Stell' biegn mag. B'sonders für zwei häit' ich gern ein gut' Wortl eing'legt, da ist der Bursch, den s' 'n Einsam nennen, ja mein, der laßt sich, wie er ist, nit so leicht um 'n Finger wickeln, da brauch'ts bevor schon an Zeit und Weil', bis mer 'n weid' macht, und da ist noch der Schneider-Tomerl, der Sohn vom Fildschneider, gar ein armer Teufel, der lebig mit einer Dirn' lebt, Rot und Glend im Haus und ein klein's Kind dazu, ja, daß s' nit hätten z'ammn' sollen, das haben die zwei von Anfang an g'wußt, das werren sie sich heut gegenseits vor und morgen will wieder keins vom andern lassen; der Jammer hat den Leuten ganz den Kopf verwirrt, will mer s' z'ammn' haben, so wollen s' auseinander, will mer s' auseinander, so woll'n s' z'ammn' bleiben, da möcht' halt auch ein blind' Dreinsfahren leicht vom Uebel sein, und mein Denken war, man wart' zu, bis das Kleine ein wenig dreinplappert kann, dann ist mer doch gnet geg'n zwei und red' sich leichter, wenn man dem sein Sach' führt.“

(Fortsetzung folgt)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Vor dem Kampfe um den Zolltarif.

Die tschechischen Agrarier haben jüngst einen Parteitag in Prag abgehalten, auf dem die agrarischen Parteien der historischen Länder und der Slowakei vereinigt wurden und so eine einheitliche tschechische Agrarpartei des gesamten Staatsgebietes zustande kam. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie hat sich in einigen Artikeln mit dieser Tagung beschäftigt und rühmt den tschechischen Agrariern nach, daß sie in wenigen Jahren die Entwicklung von der Vertretung großagrarischer Interessen zur agrarischen Demokratie durchgemacht haben. Während die tschechischen Agrarier im alten Oesterreich sich völlig im Schlepptau der Großgrundbesitzer befanden, vertreten sie jetzt die breiten Massen der Bauernschaft und haben als solche an dem demokratischen Aufbau des tschechischen Staates wertvollen Anteil genommen. Dadurch wurde die Möglichkeit eines Zusammengehens zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und tschechischen Agrariern geschaffen. Allein es gibt auch Dinge, die in der nächsten Zeit zum Gegenstand heftigen Kampfes zwischen den beiden Parteien werden dürften und das ist die kommende Gefegedvorlage über den autonomen Zolltarif. Der Parteitag der Agrarier hat nämlich folgende Forderungen aufgestellt: 1. Die heutigen Zölle dürfen nicht abgeschafft werden, 2. Einführung eines angemessenen Zollschatzes für die Landwirtschaft durch Revision des heutigen Zolltarifes, 3. So lange dies nicht durchgeführt ist, Abschaffung der Zölle auf Industrieartikel, welche der Landwirtschaft schaden, 4. auf Grund des heutigen Zolltarifes dürfen keine Handelsverträge mit dem Ausland geschlossen werden, 5. Einführung der Zollsätze auf landwirtschaftliche Artikel in der Friedenshöhe und in Goldwährung, 6. der Zollsatz soll auch auf andere Produktionsgebiete ausgedehnt werden. — Es ist also nicht wenig, was die Agrarier verlangen und während das „Pravo Lidu“ noch vor einige Tagen die „agrarische Demokratie“ in den Himmel gehoben hat, muß das Blatt nun anerkennen, daß die Agrarier in der Zollfrage die Politik des tschechischen, galizischen und magyarischen Adels in der alten Monarchie einfach fortsetzen. Das Blatt zieht daraus die richtige Folgerung, daß sich die sozialistischen Parteien und das gesamte Proletariat auf den Kampf um die Zölle ernstlich vorbereiten müssen. Es stehen nur noch wenige Monate zur Verfügung, um die Bevölkerung über den Ernst der Situation und die Tragweite des neuen Zolltarifes zu unterrichten. Das Proletariat muß zu einheitlichen Forderungen in der Frage der Zölle gelangen, es dürfte nicht vorkommen, daß eine Arbeitergruppe etwas anderes will als die andere. So ist es unlängst geschehen, daß eine Arbeitergruppe die Regierung ersucht hat, die Ausfuhr von Malz zu bewilligen, während am nächsten Tag eine andere Arbeiterschicht, verlangte, die Ausfuhr von Malz zu unterlassen. Die Arbeiter dürfen sich auch nicht mehr von den Unternehmern als Vorspann für deren Zollinteressen benutzen lassen. Es scheint also auch den tschechischen Politikern die Erkenntnis aufzukommen, daß die Frage des Zolltarifes zu einer ersten Belastungsprobe für die Koalition werden wird. Eine einheitliche Stellungnahme des gesamten Proletariats zur Frage der Zölle wäre dringend geboten.

Die Merkmalen für die Sozialversicherung?
Vor einigen Tagen fand die Generalversammlung des Zentralverbandes mährischer Raiffeisenkassen statt, an der auch der Führer der tschechischen Merkmalen, Eisenbahnminister Schramel, teilnahm. Wie tschechische Blätter melden, soll er sich dort für die Sozialversicherung ausgesprochen haben. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Regierung ersucht wird, die allgemeine Sozialversicherung für alle Stände und Steuerzahler, also auch für die Landwirte und Handels- und Gewerbetreibende sobald als möglich Gesetz werden zu lassen. Ob es sich den Merkmalen Herrschaften nicht nur darum handelt, durch die Forderung nach der Selbständigkeitsversicherung die Sozialversicherung der Arbeiterschaft für die die Vorarbeiten bereits weiter gegeben sind, zu verzögern oder gar zu verhindern? Dem mit allen Salben geschmierten Vater Schramel wäre schon so etwas zuzutrauen.

Freie Zuckerausfuhr. Vom 1. Oktober 1922 wird die Zuckerausfuhr frei, sobald von diesem Tage an die Ausfuhr an keine Ausfuhrbewilligung gebunden und abgabenfrei sein wird.

Die elenden Frachttarife. In einem Artikel der Konsumgenossenschaft führt Genosse Rudolf Kreislich eine Reihe von Beispielen an, aus denen die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der hohen Frachttarife ersichtlich sind. Ein Wagon 10.000 Kilogramm Kohlen kostet von Dutenitz nach Kuffitz 3347 Kronen, die Ware kostet für 10.000 Kilogramm 22.000 Kronen. Demnach beträgt die Belastung für Fracht allein weit über 15 Prozent des Warenwertes, wobei nicht berücksichtigt ist, daß noch eine Reihe von hinzukommenden hohen Bahngebühren die Frachtmengen belasten. Ein anderes Beispiel ist das folgende: Auf der 14 Kilometer langen Strecke Kolin-Bečel beträgt die Fracht von 100 Kilogramm Schweinefleisch 3,65, auf der gleich langen Lokalbahnstrecke Aš-Kohobuz K 10,92, also das Dreifache! Selbstredend trifft dies bei allen Waren zu, die auf der Strecke Aš-Kohobuz verfrachtet werden. Dann wundert man sich noch, daß im Ašer Zipfel alles so teuer ist!

Eine neue Art der Feuerversicherung in Deutschland. Die Deutsche Feuerversicherungs-

Vereinigung in Berlin, der fast alle deutschen Feuerversicherungsinstitute angehören, hat, um unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und Geldwertverhältnissen eine ausreichende Versicherungsbekämpfung zu ermöglichen, eine wichtige Neuerung auf dem Gebiete der Feuerversicherung geschaffen. Es handelt sich, wie wir der „Prav. Ztg.“ entnehmen, darum, den Versicherungsnehmer vor ungewollter Unterversicherung, wie sie durch das Hinabgleiten des Geldwertes eintreten kann, zu bewahren und ihm zu einem Schadenertrag bei Eintritt des Versicherungsfalles zu verhelfen, der ihm, wie es früher unter stabilen Geld- und Verhältnissen der Fall war, die Wiederherstellung der vom Brande betroffenen Versicherungsobjekte ohne unverhältnismäßige und unerwartete eigene Opfer möglich macht. Um dieses Ziel zu erreichen, führt die Deutsche Feuerversicherungs-Vereinigung nunmehr zunächst ein: eine Feuerversicherung mit gleitender Versicherungssumme für Gebäude und Maschinen auf Grund von Richtzahlen. Bei dieser neuen Methode erfolgt eine automatische Anpassung der Versicherungssummen für Gebäude und Maschinen an die jeweiligen Preisverhältnisse, ohne daß der Versicherungsnehmer, solange sich die Substanz des Versicherungsobjekts nicht verändert, Anträge auf Nebenversicherung zu stellen hat. Die Richtzahlen sollen von der Deutschen Feuerversicherungs-Vereinigung in Verbindung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie festgesetzt werden und möglichst einheitlich für die gesamte Industrie sein.

Feinde des Achtstundentages. Der agrarische „Venkov“ ist sehr entrüstet darüber, daß die Konkurrenz der drei Gewerkschaftszentralen ein Verbot auf Ueberstundenarbeit fordert. Er schreibt: „Der Achtstundentag wird heute schon fast in allen kleineren Betrieben nicht mehr eingehalten und die Arbeiter sollten froh sein, wenn sie einen Mehrerwerb erreichen können. Die Regierung hat ohnehin alles getan, was möglich ist; sie hat die Kohlensteuer herabgesetzt, sie hat ein Gesetz geschaffen, welches den Arbeitern und Angestellten das Existenzminimum sichert, sie zahlt ausreichende Arbeitslosenunterstützungen aus...“ Daß das Ordonnaut genährter Großagrarien dafür kein Verständnis aufbringt, daß Arbeiter lieber auf einen Mehrerwerb verzichten und der Arbeitslosigkeit steuern wollen, ist bezeichnend. Aber es ist eine freche Unverschämtheit sondergleichen, wenn das Wort den Bettel, den man einem Teil der armen Masse unverschuldet Arbeitsloser, als Unterstützung gibt, als „ausreichend“ bezeichnet. Wie wäre es denn, wenn wir fordern würden, die Herren Großagrarien hätten für den „ausreichenden“ Betrag, zum Beispiel von sieben Kronen täglich, eine Arbeiterfamilie mit Wohnung, Nahrung und Kleidung zu versorgen? Wäre dann der Betrag auch noch ausreichend? Das gleiche gilt von dem Schwindel mit dem garantierten Existenzminimum. Der „Venkov“ meißelt gewiß, daß die Unternehmer, welche das Existenzminimum darstellen, das bis viermal so hoch ist als das Einkommen von 80 Prozent der hiesigen Arbeiter und Angestellten. Wo ist also diese Garantie?

Kurse der Wäsen.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1863.	100 Mark 9,45	100 schweiz. Franken 9,17	100 Lire 208.
100 franz. Franken 376.	1 Pfund Sterling 215.	1 Dollar 48,15	100 belg. Franken 356.
100 belg. Franken 356.	100 Pesetas 741,50	100 Dinar 58,50	100 österr. Kronen 0,2475.
100 poln. Mark 1,—	100 ung. Kronen 4,0750.		

Börslicher Kurse. Berlin 1.025,00. Wien 0,0250. Prag 10,90. Holland 203. New York 5,25,75. London 23,28. Paris 41,40. Mailand 23,20. Budapest 0,44. Agram 1,58,50. Warschau 0,10,75. Wien gest. 0,0275.

Genossenschaftsbewegung.
Für und wider die Konzentration der Konsumvereine. Eine der aktuellsten Fragen unserer Genossenschaftsbewegung bildet gegenwärtig die Verschmelzung kleinerer Konsumvereine zu großen leistungsfähigen Konsumgenossenschaften. In der „Konsumgenossenschaft“ tritt nun der Obmann des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften Genosse Lorenz für die Zusammenfassung kleinerer Konsumvereine zu Kreisgenossenschaften ein. Er glaubt, daß es mit der Zeit möglich sein werde, daß in den Kreisen Westböhmens und Nordwestböhmens ein oder höchstens zwei Vereine bestehen werden. So erscheint es ihm denkbar, daß von Komotau bis Aš—Marienbad, wo es gegenwärtig nach den letzten Verschmelzungen bloß fünf große Vereine gibt, diese Vereine mit der Zeit zu einem einzigen Verein ausgebaut werden können. Wenn es zu Kreisgenossenschaften kommt, dann müßte das Unterlager der Großeinkaufsgesellschaft in dem betreffenden Gebiete zugleich das Zentral-lager des Kreisvereines sein. Dadurch würden für den Verein und für die Großeinkaufsgesellschaft große Vorteile entstehen, weil eine doppelte Wareneinlagerung erspart wäre. Es würde erreicht werden, daß in den gesamten großen Kreisgebieten, einheitliche Verkaufspreise bestehen und daß Waren von gleicher Beschaffenheit zum Verkaufe gelangen. Ein so großer Verein müßte — was bei der heutigen Fleischsteuerung besonders aktuell ist — eine Zentralschlachterei errichten und insbesondere Wurstwaren zur die Verkaufsstellen erzeugen. Ebenso müßte der große Verein eine Zentralfäse- und Getreiderösterei besitzen und auch eine Reihe anderer Produktionszweige, wie Tischlerei, Schuhreparaturstätte und Schneiderei u. dgl. käme in Frage. — Ähnlich schlägt Genosse Fischer der Obmann des Konsumvereines in Teichstadt

vor, ob man nicht angesichts der Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung in vielen Orten daran denken sollte, für die Errichtung einer Schlachterei und Fleischerie für mehrere Genossenschaften zu streben. — Einen anderen Standpunkt vertritt jedoch Genosse Hadel (Böhm. Rannitz). Er führt aus, daß das Leben in einem Konsumverein auf der tätigen Mitarbeit der Mitglieder beruht und in der Verwaltung des Vereines eben Ausdruck finde. Eine Ausdehnung des Konsumvereines von drei Stunden im Umkreis wird jeder Genossenschafter als gesund betrachten. Bei einer Ausdehnung von 10 bis 12 und mehr Stunden im Umkreis eines Vereines ist es doch etwas anderes, und die Bureaufkräftigung dieser Vereine wird unvermeidlich. Das Prinzip der Selbstverwaltung schwindet und ein Beamtenstab leitet das Unternehmen. Die Gefahr, entsprechend befähigte Leute zur Leitung von Riesenvereinen von 80 bis 100 Verkaufsstellen zu finden, steigt mit der Ausdehnung derselben in dieser Weise. Während kleine und mittlere Vereine bisher meist Leute in den eigenen Kreisen fanden, diese bei einiger Intelligenz sich in der Genossenschaft ausbilden, eine wertvolle Schule durchmachen, die sie auch für andere Funktionen befähigt, schwindet mit der Zunahme so großer Vereine die Möglichkeit, verwaltungstechnische Kenntnisse, kaufmännische Fähigkeiten zu erlernen, wird geringer, mit dem Verschwinden der kleinen und mittleren Vereine würde eine wertvolle Stätte zur Heranbildung und Erziehung von Menschen verloren gehen, die in der Zukunft mehr gebraucht werden dürften, als heute noch.

Verbandsstag der polnischen Konsumvereine.
Wie die genossenschaftliche Fachpresse erst jetzt berichtet, hat am 23. Mai in Karwin der Verbandsstag der polnischen Konsumvereine in Ostschlesien stattgefunden. Dem Verband gehören gegenwärtig neun Genossenschaften mit sechs Verkaufsstellen und 20.859 Mitgliedern an. Außerdem sind dem Verband zehn Arbeiterheime angeschlossen. Die dem Verband angehörigen Konsumvereine haben 1921 einen Warenumsatz von fast 70 Millionen Kronen erzielt. Die Zentralisierung schreitet auch bei den polnischen Konsumvereinen vorwärts. Von den 28 Konsumvereinen, welche im Jahre 1913 in Ostschlesien bestanden haben, sind heute nur noch acht Konsumvereine geblieben, wobei sich die Mitgliederzahl jedoch verdreifacht hat. Auf Grund einer Vereinbarung hat sich der Verband dem Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften in Prag angeschlossen und steht auch mit der Großeinkaufsgesellschaft in Verbindung. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde abermal Chobot gewählt.

Kunst und Wissen.
Neues Theater. Heute, den 8.: „Der Raub der Zabinerinnen“; Sonntag, den 9.: nachm. „Poltasch und Perlmutter“, abend „Der Vertollstudent“.
Kleine Bühne. Sonntag, den 9.: „Candida“; die heutige Vorstellung entfällt.

Keine Angst
mehr nötig! „Kassette“ Silbergeschmuck für Damen, das Rechte, sichere u. Beste! Bei Bestellung verlangen Sie wegen Probe, Preis u. Anwendung die beidseitige interessante Broschüre Nr. 100 gegen 20.— in Bar oder Marken Sendung in verschl. Kuvert ohne Anstandsdruck durch „Novitas“, Versandgeschäft Aulitz a. d. Elbe.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE
beim Müsser, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
Telephon 4854. 478

GRAMMOPHONE
IMPORT COMPANY Bräun
Frehelplatz 6.
Preislisten nach Angabe des gewünschten Instrumentes gratis.

Kleiner Anzeiger
Raucher
die das Rauchen einschränken wollen, erhalten auf Verlangen die Broschüre „Wie ich Nichtraucher wurde“ von einem Mitglied des Bundes deutscher Tabakgegner zugesandt. Bereits über 2000 Erfolge. Als Adressent: Teplitz-Schönan, Nr. 397, Postfach 110. Für Interessenten Gelegenheit zu leichtem und gutem Nebenverdienst 984

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Verantwortung einer Annahme von Verwaltungsfragen. Road's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönan
Theresienstraße 18.
Interessieren Sie im
Sozialdemokraten !!

Turnen und Sport.
Fußball. Kristiania gegen Prager tschechisches Team 0 : 3. Schöner Kampf, der jedoch von der Hitze stark beeinträchtigt wurde. Kristiania war gut und äußerst zäh. Wiener Meisterschaft. Salsob gegen Simmering 0 : 0; durch dieses unentschiedene Spiel bleibt Simmering in der ersten Klasse, wogegen die Ostmark nach bloß einjährigem Verbleiben im „Oberhaus“ wieder zweiklassig wird. Amateure gegen WAF. 6 : 1! Ueberraschender Sieg, da der WAF vor einigen Tagen in der Euprumba die Amateure 2 : 1 zu schlagen vermochte.
Zweimaliger Bestwinger des M. T. A. ist der Szombathely A. C. (Steinamanger). Dieser Verein schlug den ungarischen Meister in Budapest 2 : 1 und drängte ihn, der damals mit viel Erfolg spielen mußte, aus dem Cup-Bewerb. Beim Rückspiel in Steinamanger trat M.T.A. ohne Orth, Molnar, Mandl, Kertész und Kropoczel an, aber auch der Szombathely A.C. mußte Ersatz stellen. Der tüchtige Provinzverein besiegte die noch immer sehr starke, kombinierte M.T.A.-Elf 3 : 1.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

UNIO
Der beste Fliegenfänger
UNIO-WERKE PILSEN
Vertreter: **JUSEF POLLAK, Weinberge.**
Telephon Nr. 210. 815 Rosslowa 3.
Herausgeber: Dr. Ludwig Egeß und Karl Czernak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Gesellschaft Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Leonhardi's Tinten
Man schütze sich vor Nachahmungen!
Blau, Tusch, Gummi, Stempelkissen, Stempelfarben, Rektogrammmasse, Rektogrammbücher, Siegelacke
sind doch die besten!
Aug. Leonhardi
Bodenbach a. E.
Chemische Fabriken in Bodenbach.
— Gründungsjahr 1825. —
Altbewährte Rezepte, die Summe hundertjähriger Erfahrungen, begründet u. bewahren den Welt-ruf der Firma Leonhardi.

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Královská tr. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren,
Eggers Milch- und Kaffeekekarnellen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönan.